



ÖSTERREICHISCHE
UNIVERSITÄTENKONFERENZ

JAHRESBERICHT 2012



IMPRESSUM

Herausgeber und Medieninhaber: Österreichische Universitätenkonferenz
Generalsekretariat, Floragasse 7/7, 1040 Wien
Tel.: +43 1 310 56 56-0, Fax: +43 1 310 56 56-22, E-Mail: office@uniko.ac.at

Homepage: www.uniko.ac.at

Redaktion: Manfred Kadi, Generalsekretariat

Gestaltung: www.goldmaedchen.at

Fotonachweise: Franz Pflügl, Luigi Caputo, SommerArt, Leonhard Hilzensauer, EUA;
APA/picturedesk.com – Gert Eggenberger, Milenko Badzic, Robert Parriger, Hans Klaus Techt;
Helmut Lunghammer, Christof Wagner, RFTE, Die Grünen, MedUni Wien, Uni Wien,
Alexander Wenzel, WU, Gaby Gerster, osaka, SN/Andreas Kolarik, LPB Franz Neumayr,
HBF/Aigner, ORF alpha-Österreich, Wolfgang Hummer, uniko-Archiv

Druck: glanzlicht print producing

INHALT

2	Die Autonomie ist zu erstreiten Heinrich Schmidinger	19	Forumsnotizen: BUDGET
3	Langer Atem und weiter Horizont Elisabeth Fiorioli	20	Zwölf Monate im Zeichen der Nachhaltigkeit Nadine Shovakar
4	Universitäten als herzeigbare Stätten Karlheinz Töchterle	21	Forumsnotizen: INTERNATIONALES
5	Nachhaltigkeit in Zeiten gekürzter Mittel Maria Helena Nazaré	22	Harvard nicht nur als Polit-Bühne nutzen Andrea Feigl
6	Konflikte und Kompromisse JAHRESRÜCKBLICK	23	Forumsnotizen: FORSCHUNG
8	REKTORATSCHRONIK	24	„Arde“ beleuchtet Qualität im Doktoratsstudium Elisabeth Westphal
9	Koreas neue Generation Gi Eun Kim	25	Forumsnotizen: LEHRE
10	„Wien nimmt die Unis als selbstverständlich“ INTERVIEW Alexander Van der Bellen	26	Mehr Wissenschaftler auf dem Karrierepfad Doris Schöberl
12	Braucht Österreich ein Gesetz für Humanforschung? Christiane Druml	27	Blickkontakte 2012
13	Studentische Zuwanderung im blinden Fleck Heinz Faßmann	28	Künstlerisches Lehramt und das Bildungsziel Gerald Bast
14	Quereinsteigerinnen im Fokus Elisabeth von Magnus, Regina Prehofer	29	Vierte Medizinische Uni als untauglicher Versuch Wolfgang Schütz
16	„Mein Weisheitsbuch hätte eine Promotion sein können“ INTERVIEW Gert Scobel	30	Persönlichkeiten, nicht nur Absolventen Manfred Perterer
18	Algarottis Bestseller und die Wiederkehr als FEMtech Wolfgang Nedobity	31	Fernseh-Premiere „Rektoratsmitglieder im Gespräch“ Manfred Kadi
		32	ORGANE DER UNIVERSITÄTENKONFERENZ
		35	GENERALSEKRETARIAT



DIE AUTONOMIE IST ZU ERSTREITEN

Universitäten zwischen Grenzerfahrung und Gestaltungswillen

Wie kaum zuvor stand 2012 das Thema Autonomie der Universitäten im Mittelpunkt zahlreicher hochschulpolitischer Diskurse. Den Anlass dazu bot das zehnjährige Jubiläum des Universitätsgesetzes 2002, dessen Herzstück eben die Vollrechtsfähigkeit der staatlichen Universitäten bildet. Anstöße dazu boten aber ebenso alltagspolitische Auseinandersetzungen: etwa ob die Universitäten autonom Studienbeiträge einheben dürften; ob umgekehrt den Universitäten ihre Hoheit über die Studienangebote nicht wieder zu nehmen sei; warum weiterhin die Autonomie begrenzt bleiben müsse (beispielsweise im Zusammenhang mit der Gebäudewirtschaftung).

Schmerzlich wurde den Universitäten einmal mehr bewusst, dass ihre Autonomie eine vom Gesetzgeber gewährte und klar bemessene, damit aber auch jederzeit wieder einschränkbare und neu zuzuteilende Selbstständigkeit ist – abgesehen davon, dass nicht zuletzt die Autonomie vom Ausmaß der Ressourcen abhängt, die wiederum seitens des Eigentümers Staat zugestanden werden.

Wenn sich eine Quintessenz aus den Diskussionen ziehen lässt, die 2012 über die Autonomie geführt wurden, so ist es aus der Sicht der Universitäten jedenfalls diese: Autonomie ist weniger ein bloßer Besitz oder ein verbrieftes Recht, das jederzeit und unter allen Umständen zur Verfügung steht bzw. sich beliebig einsetzen lässt. Vielmehr handelt es sich

bei der Autonomie primär um eine Aufforderung, den mit ihr verbundenen Rechtsstatus nicht bloß zu bewahren und zu verteidigen, sondern immer wieder neu zu erringen, vor allem im jeweiligen Kontext ihrer Praktizierung entsprechend zu interpretieren und jeweils neu zu formen. Autonomie ist kein Faktum, sie lebt aus ihrer regelmäßigen Erstreitung. Als Norm bildet sie eine permanente Aufgabe und Herausforderung, um die es anhaltender Bemühungen bedarf. Nicht zuletzt bedeutet Autonomie auch Bereitschaft zu einem Gestaltungswillen, der zielbewusst und visionär, unter Umständen kreativ sein muss. Autonomie ist kurz gesagt ein zukunftsorientiertes Prinzip.

Es sind wie gesagt die alltäglichen hochschulpolitischen Debatten und Auseinandersetzungen, die vor Augen führen, wie aktuell diese philosophisch anmutenden Überlegungen sind bzw. wie konkret sie der Realisierung bedürfen. Die Validität des UG 2002 wird sich daran erweisen, wie es die Universitäten verstehen, ihre Autonomie zu verwirklichen – für sich selbst, gleichzeitig überzeugend für ihr gesamtes Umfeld. Es wäre gut, wenn sie darin die Grundmaxime ihres hochschulpolitischen Handelns sähen und die damit verbundenen Ziele jenseits aller Bäume, die den Blick auf den Wald verstellen, im Auge behielten.

LANGER ATEM UND WEITER HORIZONT

Vom Mehrwert der uniko als Player und Partner



Bereits mit meinem Amtsantritt im Juni 2012 als neue Generalsekretärin der Universitätenkonferenz (uniko) konnte ich wesentliche Weichenstellungen des Jahres miterleben und mitgestalten: Mein Einstieg erfolgte in einer Phase, in der die Leistungsvereinbarungen für die nächsten drei Jahre verhandelt wurden. Dazu waren wichtige gesetzliche Neuerungen (Studienplatzfinanzierung, Pädagoginnen- und Pädagogenbildung) in Vorbereitung. Die uniko war und ist hier als ein Player in der Hochschulpolitik gefordert, nicht zuletzt um parteipolitisch einzementierte Positionen der Bildungspolitik aufzubrechen, die oft genug zu faulen Kompromissen führen.

Obwohl diese Themen die Universitäten in Atem halten, hatte die uniko genug Luft, um über den Horizont des Tagesgeschäfts hinauszublicken. Erster Schritt dazu war eine gemeinsame Strategieklausur im Herbst 2012, bei der aus der Frage, wie Universitäten der Zukunft aussehen sollen, eine Reihe von Projekten entwickelt wurden, die es ab 2013 umzusetzen gilt. Was dabei auch zu spüren war: ein beeindruckendes Bekenntnis zur Zusammenarbeit der Universitäten, für welche die uniko Ort und Instrument ist, um nicht nur auf die Tagespolitik zu reagieren, sondern um Strategien für gemeinsame Ziele zu entwickeln. Diese Kultur der Zusammenarbeit ermöglichte seit dem Sommer auch die Umsetzung von weniger spektakulären, aber nützlichen Projekten wie die gemeinsamen Pressespiegel für die Mehrheit der Universitäten, die den Mehrwert gemeinsamen Handelns gezeigt haben.

Ein Anliegen bei meinem Einstieg war mir auch, Beziehungen zu den sogenannten Stakeholdern aufzunehmen. An erster Stelle stehen hier die Studierenden. Ein gemeinsamer Workshop der Rektorinnen und Rektoren mit Vertreterinnen und Vertretern der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH) war ein erster Schritt in Richtung eines erfrischenden Austausches von Ideen abseits vom medialen Ausrichten der wechselseitig bekannten Positionen.

Neben dem Binnenverhältnis zwischen den Universitäten und jenem mit den beteiligten Interessengruppen gibt es noch das Verhältnis der Universitäten zur Gesellschaft, das die uniko im Blick behält. Universitäten erscheinen in der öffentlichen Wahrnehmung bisweilen als große Tanker, die immer mehr finanzielle Mittel fordern, bei denen aber nicht klar ist, was denn die wertvollen Güter sind, die sie mitbringen. Hier Initiativen zu setzen, um die Qualität und Exzellenz sichtbar zu machen, wird ein Schwerpunkt der künftigen Arbeit sein.

Und *last but not least*: Alles, was in diesem ersten halben Jahr geplant, begonnen und getan wurde, war vor allem deshalb möglich, weil ich im Generalsekretariat ein hochkompetentes und motiviertes Team vorgefunden habe, das diese gemeinsamen Ziele mitträgt und mit dem die Arbeit jeden Tag Freude macht.



UNIVERSITÄTEN ALS HERZEIGBARE STÄTTEN

Neue Finanzierung ändert auch öffentlichen Diskurs

Im abgelaufenen Jahr konnten wir wieder einige Schritte auf dem Weg zu weiteren Verbesserungen für die österreichischen Universitäten setzen. Sehr gefordert waren wir alle durch die Verhandlung der Leistungsvereinbarungen für die Jahre 2013 bis 2015. Dank der Hochschulmilliarde konnten wir Abschlüsse erreichen, die im Schnitt eine Budgetsteigerung von rund 14 Prozent aufweisen und damit deutlich über den reinen Teuerungseffekten der vergangenen Jahre liegen. Mir noch wichtiger scheinen einige bedeutende inhaltliche Fortschritte, von der verstärkten Nachwuchsförderung bis zur geglückten Angliederung von bisher außeruniversitären Instituten. Von vielen Seiten wurde mir bestätigt, dass die Verhandlungen sehr kundig und im Geiste gegenseitiger Wertschätzung erfolgt sind, wofür ich allen Beteiligten herzlich danke.

Als budgetär ebenfalls hochrelevant, aber außerhalb der Leistungsvereinbarungen liegend seien drei weitere Bereiche erwähnt: einmal die Mittel für Doktoratskollegs, mit denen wir die Universitäten in die Lage versetzen wollen, in ihren jeweiligen Forschungsschwerpunkten mithilfe jungen Forschungspersonals gezielt initiativ zu werden, dann die erfolgreichen Bemühungen um ein gut dotiertes Forschungsbudget in „Horizon 2020“ und schließlich die gerne übersehenen, in der Tat aber unübersehbaren Investitionen in neue Universitätsbauten. Hier durfte ich im vergangenen Jahr an vielen Standorten und über das Bundesgebiet verteilt großartige neue Objekte miteröffnen.

Fortgefahren bin ich in dem Bestreben, unsere Universitäten im öffentlichen Diskurs nicht als desolate Mängelwesen, sondern als international herzeigbare Stätten wissenschaftlicher Forschung und Lehre zu präsentieren. Dazu zähle ich auch den weitreichenden Grundsatzbeschluss für eine neue Universitätsfinanzierung und das Bemühen, in (zu) stark nachgefragten Fächern bessere Betreuungsrelationen herzustellen. Mit mehr Mitteln für dort einzusetzende Lehrende und dem Bekenntnis zu Kapazitätsregelungen für die Aufnahme neuer Studierender ist hier ein erster bedeutender Schritt gelungen, auch wenn er manchen zu wenig weit und anderen zu weit geht.

Beim Medizinstudium haben wir die Verlängerung des Moratoriums bis 2016 erreicht und damit Zeit für grundlegende Lösungen im Bereich der asymmetrischen Studierendenmobilität in Europa gewonnen. Um gute Lehre über Universitätsgrenzen hinaus bekannter zu machen und zur Nachahmung anzuregen, haben wir einen Staatspreis dafür ins Leben gerufen, der unter dem Titel „Ars docendi“ heuer erstmals vergeben wird.

Es gibt noch viel zu tun, als nächstes etwa in der Lehramtsausbildung tragfähige und zukunftsweisende Lösungen zu finden. In dem derzeitigen konstruktiven Klima werden wir das gemeinsam schaffen.

NACHHALTIGKEIT IN ZEITEN GEKÜRZTER MITTEL

EUA setzt Wegmarken von Warwick bis Salzburg



Die Hochschullandschaft in Europa ist auch zwölf Jahre nach Einführung des Bologna-Prozesses ständigen Veränderungen unterworfen. Das Jahr 2012 machte mehr denn je deutlich, dass die Herausforderungen für die Hochschulen in ganz Europa weiter zunehmen. Der Einfluss der neuen Technologien, der wachsende globale Wettbewerb, der demografische Wandel und die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sind Themen, mit denen wir uns gemeinsam mit unseren Mitgliedern intensiv auseinandergesetzt haben und die uns noch eine ganze Weile beschäftigen werden.

Der Trend, die öffentlichen Mittel für Bildung in fast allen europäischen Ländern massiv zu kürzen, ist ungebrochen. Vor diesem Hintergrund war es für uns eine Verpflichtung, diese Probleme mit den Mitgliedern und Partnern zu analysieren und mögliche Lösungen zu diskutieren. Die Jahreskonferenz der EUA im März 2012 an der Universität Warwick in Großbritannien stand ganz im Zeichen von „Sustainability – Nachhaltigkeit“ der europäischen Hochschulen. Im Juni organisierte die EUA an der Universität Salzburg das erste EUA Funding Forum, das sich ausschließlich mit der Finanzierung der Hochschulen beschäftigte.

2012 war aber auch ein wichtiges Jahr im Hinblick auf die Politik der Europäischen Union und die nächste Generation von EU-Bildungs- und Forschungsprogrammen ab dem Jahr 2014, besser bekannt als „Erasmus für alle“ und „Horizon 2020“. Als größter europäischer Interessen-

vertreter in Bildung und Forschung haben wir uns intensiv bei allen relevanten EU-Institutionen im Interesse unserer Mitglieder eingesetzt, um die Notwendigkeit von Investitionen in diesen Bereichen zu unterstreichen.

Im Juli unterzeichnete die EUA gemeinsam mit vier weiteren Interessenvertretern eine Absichtserklärung (Memorandum of Understanding) mit der EU-Kommission zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit bei der Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums bis 2014; eine Entwicklung, die die besondere Rolle der Hochschulen bei der damit verbundenen Integration der wissenschaftlichen und technologischen Kapazitäten deutlich unterstreicht.

Dies ist nur eine kurze Zusammenfassung unserer Aktivitäten. Die Liste der Veranstaltungen und Projekte der EUA ließe sich beliebig fortsetzen. Für mich persönlich steht 2012 für mein erstes Jahr als EUA-Präsidentin – ein Amt, das ich in spannenden Zeiten im Frühjahr von meinem Vorgänger Jean-Marc Rapp übernommen habe.

KONFLIKTE UND KOMPROMISSE: EIN MEHRFRONTEN-KAMPF UM DAS UNIVERSITÄTSBUDGET

Die Reiz- und Unwörter des Jahres – Studienbeiträge, Leistungsvereinbarungen, „kapazitätsorientierte Studienplatzfinanzierung“ – hatten naturgemäß einen gemeinsamen, wenn auch banalen Nenner: das liebe Geld. Aber angesichts ansteigender Studierendenströme und finanzieller Engpässe, überlagert von ideologiebefrachteten Trotzhaltungen der Regierungsparteien, ging es 2012 für nicht wenige Universitäten um die pure Existenzgrundlage. Bei der Neuausrichtung der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung stand dafür ein Machtkampf im Vordergrund – zwischen den zuständigen Bundesministerien. Die Kunst des Möglichen in der Hochschulpolitik erschöpfte sich erneut in mehr oder weniger tauglichen Kompromissen.

Noch beim Neujahrsempfang versicherte Karlheinz Töchterle seinen früheren Kolleginnen und Kollegen in der Universitätenkonferenz (uniko), dass er sich auch als Bundesminister für Wissenschaft und Forschung nach wie vor als „Verbündeter“ fühle. In der Tat bemühte sich der vormalige Rektor der Universität Innsbruck, der im April 2011 den Posten in der Bundesregierung angetreten hat, um die persönliche Kontaktaufnahme wie kaum einer seiner Vorgänger/innen und trat mehrfach bei uniko-Plenarversammlungen auf. Allein in der Umsetzung der Vorhaben zeigte dem parteifreien Minister im Dienste der ÖVP der Koalitionspartner SPÖ die Grenzen der Machbarkeit auf, was Konflikte in Serie mit der uniko eröffnete.

Weil die Regierung auf keinen grünen Zweig bei der Reparatur des Gesetzes über die Studienbeiträge kommt, verstreicht die vom Verfassungsgerichtshof

(VfGH) bis Ende Februar eingeräumte achtmonatige Frist. Die Folge: Erstmals seit der Einführung von Studienbeiträgen im Wintersemester 2001/02 ist das Studium für sämtliche Studierende ab dem Sommersemester 2012 wieder kostenlos (seit 2008 wurden nur noch Langzeitstudierende und solche aus Drittstaaten zur Kassa gegeben). Töchterle lässt den Protest der uniko – den Universitäten entgehen damit 17 Millionen Euro – nicht gelten und beharrt auf seiner Position: Er sehe sich außerstande, so wie vom Koalitionspartner verlangt, die alte Regelung nach Sanierung des Formalfehlers mitzutragen. Immerhin habe er sich seinerzeit als Rektor heftig gegen dieses Gesetz mit den zahllosen Ausnahmebestimmungen gewehrt.

Erst als sich in der Folge acht von 21 Universitäten entschließen, autonom Studienbeiträge für das Wintersemester einzuheben und der VfGH deshalb im Oktober ein Prüfverfahren einleitet, beginnt der Wissenschaftsminister einzulenken. Nach einer Regierungsklausur wird im Spätherbst gemeinsam mit dem Koalitionspartner das alte, vom Formalfehler bereinigte Gesetz mit geringfügigen Neuerungen beschlossen – inklusive der rechtlich wackeligen rückwirkenden Sanierung der eingehobenen Beiträge.

Schon seit dem Sommer macht uniko-Präsident Heinrich Schmidinger beharrlich in der Öffentlichkeit darauf aufmerksam, dass die „Hochschulmilliarde“ nur für die Aufrechterhaltung des Status quo ausreiche. Nach ersten Erfahrungswerten aus den Verhandlungen um die Leistungsvereinbarungen nehmen ab Beginn des Wintersemesters 2012/13 die Spannungen zwischen

Ministerium und uniko zu. Während die ersten Universitäten ihre Verträge abschließen, geraten die Gespräche bei anderen immer mehr ins Stocken (siehe Seite 19). Da sich im November noch immer wenig Bewegung der Koalition bei den Themen Zugangsregelung, Lehrerinnen- und Lehrerausbildung abzeichnet, fordert Schmidinger bei einer Pressekonferenz am Tag vor der Regierungsklausur „endlich Lösungen“.

Die Vorahnung des Präsidenten („Ich hoffe, dass nicht etwas zustande kommt, was mehr schadet als nützt“) scheint sich zu bestätigen. Abgesehen von der Einigung in der Frage der Studienbeiträge, die ab dem Sommersemester 2013 wieder zu berappen sind, löst das Koalitionspapier beim Schwerpunkt Studienplatzfinanzierung mehr Unmut als Freude aus: Es weicht in den entscheidenden Punkten vom gemeinsam zwischen Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWF) und uniko erarbeiteten Modell ab.

Heftig fällt die Quittung der uniko für das Koalitionsvorhaben „Lehrer/innenbildung neu“ aus. Stein des Anstoßes: die alleinige Verantwortung für die Ausbildung in der Sekundarstufe soll in der ursprünglichen Version den Universitäten entzogen und nur mehr gemeinsam mit den Pädagogischen Hochschulen (PH) wahrgenommen werden. Bei einer Tagung des Wissenschaftsrates spricht sich Schmidinger dezidiert gegen eine „Zwangs-ehe“ zwischen Unis und PH aus (siehe Seite 25).

uniko intern. In der Geschäftsstelle der uniko wurde im ersten Halbjahr ein personeller Wechsel an der Spitze vollzogen. Elisabeth Fiorioli, vormals Geschäftsführerin des Österreichischen Akkreditierungsrates, trat mit Anfang Juni das Amt der Generalsekretärin an, nachdem Heribert Wulz nach beinahe zehn Jahren als Generalsekretär für eine weitere Periode ab März 2012 nicht mehr kandidiert hatte. Ausgestattet mit dem Dank des Plenums für seine Verdienste, nimmt Wulz mittlerweile die Funktion eines stellvertretenden Sektionsleiters im BMWF ein. Fiorioli wurde in der Plenarversammlung vom 16. April einstimmig bestellt und sorgt für Kontinuität an dieser Schaltstelle der Universitätenkonferenz.

Vier Tage vor Weihnachten, als die konkreten Pläne zur Studienplatzfinanzierung bekannt werden, geht der uniko-Präsident abermals in die Offensive und lehnt namens des Plenums die im Regierungsentwurf skizzierten Pläne als „Etikettenschwindel“ ab, was im BMWF Empörung hervorruft. Durch das neue Gesetz soll ein Probelauf für eine Studienplatzfinanzierung in fünf „Studienfeldern“ (Architektur und Städteplanung, Biologie und Biochemie, Informatik, Pharmazie und Wirtschaftswissenschaften) mit insgesamt 19 Studien gestartet werden. Was von der Regierung bejubelt wird, ist in den Augen der uniko ein „parteipolitisches Kompromisspapier“ zwischen ÖVP und SPÖ, gespickt mit Widersprüchlichkeiten und kontraproduktiven Effekten.

Als gelungenes Beispiel für die Zusammenarbeit mit dem BMWF kann demgegenüber die Neuregelung der Inskriptionsfrist mit der Deadline für die erstmalige Zulassung zum Studium am 5. September (WS 2012/13) bzw. 5. Februar (SS 2013) angeführt werden. Sie wurde im Juni gemeinsam von BMWF, ÖH und uniko präsentiert und beworben. Die Universitäten profitieren – anders als bei der missglückten Regelung mit der Voranmeldung 2011 – tatsächlich von der versprochenen Planungssicherheit. Die Befürchtungen über eine mögliche Abschreckung von Studienanfängern stellen sich als unbegründet heraus: Mit Ende der Inskriptionsnachfrist am 30. November werden 296.300 Studierende registriert, um 1,4 Prozent mehr als im Vorjahr. *mk*



FINGERZEIG. Die Schriftstellerin und Angehörige der slowenischen Volksgruppe, Maja Haderlap, erhält am 31. Oktober in Anwesenheit von Bundespräsident Heinz Fischer von der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt – im Bild rechts Rektor Oliver Vitouch – die Ehrendoktorwürde.



TALKSHOW. Sonja Hammerschmid, Rektorin der Veterinärmedizinischen Universität, geht mit ihrem Sitznachbarn, dem TV-Moderator Armin Assinger, und anderen Prominenten in der ORF-Sendung „Im Zentrum“ am 8. Jänner der Frage nach: „Wie tickt Österreich?“



TIROLER ERBfolge. Tilmann Märk, neuer Rektor der Universität Innsbruck, wird von seinem Vorgänger, Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle, im Rahmen der Inauguration am 9. März mit den Insignien ausgestattet.



RINGVORLESUNG. Nach der offiziellen Umbenennung des Dr.-Karl-Lueger-Rings auf Beschluss des Gemeinderats enthüllen Heinz Engl, Rektor der Universität Wien (Mitte), Andreas Mailath-Pokorny, SPÖ-Stadtrat für Wissenschaft und Kultur (rechts), und Klaus Werner-Lobo, Kultursprecher der Wiener Grünen, am 4. Juli die neue Straßentafel „Universitätsring“.



ALPINFORSCHER. Vor der Kulisse von Alpbachs Bergwelt unterzeichnen am 22. August Rektorin Christa Neuper (Uni Graz, Zweite von links), Rektor Harald Kainz (TU Graz, Zweiter von rechts) und Rektor Josef Smolle (Meduni Graz, rechts) im Beisein von Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle und Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder (Mitte) einen Rahmenvertrag zur Bündelung von Kompetenzen für die Forschungsplattform „BioTechMed-Graz“.



BESTSELLER. Johanna Rachinger, Generaldirektorin der Österreichischen Nationalbibliothek, wird vom Rektor der Wirtschaftsuniversität Christoph Badelt am 5. November als „WU-Managerin des Jahres“ ausgezeichnet.

Mitglied des Rates für Forschung und Technologieentwicklung

KOREAS NEUE GENERATION

Gangnam Style erreicht die Universitäten



In Korea waren sie schon immer kulturprägend: die Universitäten mit ihrem erheblichen Einfluss auf das Bewusstsein sowohl der jungen als auch der politischen Generationen. Jetzt kam mit dem Gangnam Style ein neuer, medial machtvoller Einfluss, entstanden in Korea, nicht von der westlichen Welt importiert, mehr als nur ein Song. Ist dies Ausdruck einer neuen Gesinnung, wird damit die konfuzianische Harmonie überrollt, Lerngesellschaft ade, Ego-Spaßgesellschaft pur?

Die prägende Kraft der Universitäten reicht weit in die Vergangenheit Koreas zurück bis in die Chosun-Dynastie (1392–1910). Die ersten Universitäten moderner Prägung wurden von amerikanischen Missionaren gegründet. Insbesondere während der Kolonialzeit durch die Japaner und in den politisch unruhigen Zeiten nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Koreakrieg spielten die Unis eine tragende Rolle. Sie haben die Babyboomer-Generation vorbereitet auf ihre Rolle als fleißige Pioniere in einer schweren Zeit, die nur mit Fleiß, Ausdauer und Hoffnung zu bewältigen war.

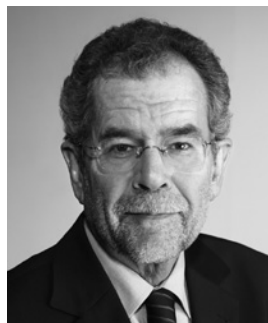
Wer damals einen Universitätsabschluss machte, war privilegiert und hatte das Ticket für eine Karriere. Mit den 70er Jahren kam eine neue Bewegung. Die Studierenden begannen, sich auch mit Fragen sozialer Gerechtigkeit zu beschäftigen. Die Universitäten, Professoren und Studierenden wurden zur geistigen Mitte des Landes. Doch auch damals blieben Studium und gesicherter Berufserfolg eng verknüpft. Derzeit stehen die Universi-

täten in einem engen Wettbewerb hinsichtlich der Frage, welche von ihnen die besten Eintrittschancen in die Arbeitswelt bietet.

Inzwischen gehen circa 90 Prozent unserer Highschool-Absolventen auf eine Universität, es gibt mittlerweile ein Überangebot an Absolventen, die auf den Arbeitsmarkt drängen. Für die Politik ist die Schaffung von Arbeitsplätzen für die junge Generation eine der wichtigsten Herausforderungen geworden. Und die Universitäten müssen Funktionelles und Praktisches für die junge Generation anbieten, damit sich diese der „rapid changing society“ anpassen kann.

Der mittlerweile weltbekannte Gangnam Style hat Korea nun berühmt gemacht. Er steht für diese neue Generation von Koreanern mit ihrem Selbstbewusstsein sowie für den Abbau von elitären gesellschaftlichen Strukturen. Lernen für ein Leben mit Spaß und Arbeit ist nun der gesellschaftliche Grundkonsens. Der Gangnam Style ist Ausdruck dieser interdisziplinären, ganzheitlichen Kultur, dieser Fusion von Technologie, Design und Ästhetik, geprägt durch Weltoffenheit. Für die Universitäten bedeutet diese Entwicklung, sich dem Trend stellen zu müssen, um an führender Position der gesellschaftlichen Entwicklung zu bleiben.

Ich werde oft gefragt, was Gangnam eigentlich bedeutet. Meine Antwort lautet: „Ich wohne in Gangnam!“



„DIE STADT WIEN NIMMT DIE UNIS ALS SELBSTVERSTÄNDLICH“

Herr Professor Van der Bellen, DIE PRESSE hat in ihrem Jahresrückblick im Dezember 2012 geschrieben: „Ob Fußgänger, Radfahrer, Unis – Wien hat für alles einen Sonderbeauftragten. Sinnlos, aber teuer.“ Grämen Sie sich über dieses Urteil?

Alexander Van der Bellen (lächelnd): Ich möchte nichts über die anderen Beauftragten sagen, aber es ist ein Symptom mehr dafür, dass die Universitäten in Österreich nicht die Wertschätzung haben, die ihrer Bedeutung zukommt. Das gilt auch für Wien. Da bemühe ich mich halt Schritt für Schritt, diese Einstellung bei der Bevölkerung ebenso wie bei den politischen Entscheidungsträgern zu ändern.

Können Sie ein Beispiel nennen?

AVB: Auffallend war, wie es nach langen Vorarbeiten und Interventionen gelungen ist, den „Karl-Lueger-Ring“ endlich in „Universitätsring“ umzutaufen. Ich habe Zuschriften bekommen, auch Pressemeldungen dazu studiert. Eines war bemerkenswert: Praktisch ausnahmslos wurde darüber diskutiert, wer Karl Lueger wirklich war. Nicht eine Person kam auf die Idee, es sei vielleicht sinnvoll, die Universität ins Schaufenster zu stellen. Es wurde nicht unter dem Gesichtspunkt debattiert: Was kann Wien tun, um sich stärker als bisher als intellektuelles Zentrum zu etablieren?

Sie haben das Verhältnis der Stadt Wien zu ihren öffentlichen Universitäten als „merkwürdig“ bezeichnet. Ist die Wertschätzung in den Bundesländern für die Unis mehr ausgeprägt?

AVB: Bis zu einem gewissen Grad ja. Ich komme ja aus Tirol, dort wird die Uni Innsbruck ganz selbstverständlich als Landesuniversität bezeichnet. In Wien war das bis vor zehn, 20 Jahren anders. Dafür gibt es verschiedene Gründe: Es kann – bei sehr vielen Universitäten in Wien – nicht die Landesuniversität geben. Auch die größte, die Uni Wien, ist eben eine von neun. Dazu kommen politisch-historische Unterschiede: Nachdem man in der Nazizeit die gesamte jüdische und sogenannte linke Intelligenz vertrieben oder ermordet hatte, waren die Universitäten nach dem Krieg von konservativen bis reaktionären Kräften besetzt. Und das kollidierte mit dem „Roten Wien“.

Während in den schwarz regierten Bundesländern ...

AVB: ... wird es an der Uni, etwa in Tirol, auch nicht anders gewesen sein, aber das prallte nicht mit den politischen Verhältnissen zusammen. Und es hat in Wien lange gedauert, letztlich bis zu Bürgermeister Häupl, bis sich diese Situation entspannt hat. Perfekt ist es noch immer nicht.

Dennoch: Verspüren Sie mehr Aufmerksamkeit der Stadtregierung gegenüber den Anliegen der Universitäten, seit Sie im Amt sind?

AVB: Da müsste ich mich jetzt vorzeitig rühmen. Ich halte die Funktion für wichtig, ob ich die jetzt wahrnehme oder jemand anderer, ist zweitrangig. Aber in gewisser Weise ist mehr Aufmerksamkeit da, weil es noch jemanden gibt, der lästig ist. Wir hatten in den vergangenen zwei Jahren kleine, aber wichtige Erfolge – etwa eine bessere Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 35 in Fremdenrechtsfragen. Die uniko hat ja das Thema

aufgegriffen, was ich sehr begrüße. Dazu kommen die regelmäßigen Treffen der Wiener Universitäten mit Stadtvertretern inklusive meiner Person. Da muss es jemanden geben, der an den Themen dranbleibt.

Sie haben Ihr Amt im Juni 2012 zwischenzeitlich zurückgelegt und sind – mangels Interessenten – jetzt Ihr eigener Nachfolger. Ist der Job des Universitätsbeauftragten so unattraktiv?

AVB: Ganz so ist es nicht. Aber vorläufig fehlt das Einverständnis darüber mit dem Bürgermeister. In einer Stadt, in der Andreas Mailath-Pokorny (zuständig für Wissenschaft und Kultur, Anm.) als Stadtrat mit den Kulturagenden mehr als ausgefüllt ist, ist ein zusätzlicher Ansprechpartner schon ganz gut.

Sie haben bisher zwei Tätigkeitsberichte vorgelegt.

Wie fällt Ihre Bilanz nach knapp zweieinhalb Jahren aus?

AVB: Es gibt in Wien erstaunlich gute Ansätze bei der Forschungsförderung, etwa mit dem WWTF (Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds, Anm.): Es ist keine Kleinigkeit, diese Unabhängigkeit über zehn Jahre aufrecht zu erhalten. Auf der anderen Seite nimmt die Stadt die Universitäten als zu selbstverständlich. Die sind eh da – und sie sind Bundeskompetenz. Aber bei einem Stadtbudget von 13 Milliarden Euro müsste doch mehr Unterstützung möglich sein. Und dafür setze ich mich ein. Es fehlt auch die Vision für das Jahr 2030. Alle Prognosen deuten darauf hin, dass die Wiener Bevölkerung zu einer Zwei-Millionen-Metropole wachsen wird. Welche Konsequenzen hat das für den Wissenschaftsstandort? Da haben wir viel zu tun, auch hinsichtlich der Förderung qualifizierter Zuwanderung.

Was müsste sich denn ändern, damit Wien das „intellektuelle Zentrum von Zentraleuropa“ wird, wie Sie das fordern?

AVB: Wir werden das Massachusetts Institute of Technology und Harvard nie kopieren können, das ist mir schon klar. Aber man braucht ein Bild, wo man hin möchte. Und dafür ist etwa die Boston Metropolitan Area ein Vorbild. Ich lasse ja wenige Gelegenheiten aus, um zu sagen,

der Bund als Hauptverantwortungsträger ist säumig bei der Finanzierung. Ich habe es echt satt, dauernd das „Zwei-Prozent-Ziel“ bei den Aufwendungen aus dem BIP für den tertiären Sektor zu hören ohne zu vernehmen, wie der Budgetpfad bis 2020 aussehen soll.

Wie beurteilen Sie denn die Performance des Wissenschaftsministers?

AVB: Na ja – ambivalent. Einerseits merkt man schon, Minister Töchterle kommt aus dem Milieu: Er war jahrelang Professor und Rektor, also er weiß, wovon er redet, verglichen mit vielen seiner Vorgängerinnen und Vorgängern. Andererseits: Der Minister allein entscheidet gar nichts. Er hat sein Kabinett, seine politische Partei, den Koalitionspartner zu berücksichtigen. Daher ist alles, was dazu beiträgt, seine Verhandlungsposition zu stärken, gut für die Universitäten. Bei Töchterle merke ich immerhin das ehrliche Bemühen, auch wenn ich seine Tiroler Sturheit, etwa bei der Frage der Studieng Bühnen, nicht ganz nachvollziehen kann. Entscheidend für die Universitäten nach den Wahlen 2013 wird sein, ob der Bundesfinanzrahmen geändert und der Ausbau der Forschung finanziert wird.

Das Interview führte Manfred Kadi

ZUR PERSON

Alexander Van der Bellen (Jahrgang 1944); beruflicher Werdegang: Studium der Volkswirtschaft an der Uni Innsbruck, 1966 Dipl.-Volkswirt, 1970 Promotion zum Doktor der Wirtschaftswissenschaften; 1976 ao. Universitätsprofessor an der Uni Innsbruck, ab 1980 o. Universitätsprofessor an der Uni Wien, 1990 bis 1994 Dekan der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, Außerdienststellung von Oktober 1999 bis Jänner 2009. **Politische Laufbahn:** November 1994 bis Juli 2012 Abgeordneter zum Nationalrat; Grüner Bundessprecher und Klubobmann von 1997 bzw. 1998 bis 2008; seit Oktober 2010 Beauftragter der Stadt Wien für Universitäten und Forschung; seit September 2012 Mitglied des Wiener Gemeinderates und Abgeordneter zum Wiener Landtag.



BRAUCHT ÖSTERREICH EIN GESETZ FÜR HUMANFORSCHUNG?

Good Practice und geschärftes Bewusstsein

Wissenschaft und Forschung stellen einen integralen Bestandteil der Tätigkeit einer Universität dar. Zu guten Rahmenbedingungen gehören klare Regeln für alle Phasen des wissenschaftlichen Arbeitens. Sinn dieser Regeln ist, Fehlverhalten zu vermeiden, die Rechte des Einzelnen zu stärken und Transparenz in der Öffentlichkeit zu garantieren.

Die Medizinische Uni Wien hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Bewusstsein in Bezug auf die Bedeutung von „Good Scientific Practice“-Regelungen (GSP) zu schärfen. Die ursprünglich 2001 veröffentlichten Richtlinien wurden grundlegend überarbeitet und aktualisiert, vom Senat beschlossen und im Juli 2012 veröffentlicht. Sie wurden ins Englische übersetzt und gemeinsam mit der deutschen Fassung im Jänner 2013 in einer Broschüre aufgelegt. In Zukunft sollen auf Deutsch und auf Englisch Informationsveranstaltungen zu GSP in jedem Semester stattfinden.

Seit der Veröffentlichung des ursprünglichen GSP-Dokumentes 2001 hat sich viel geändert: Was die Forschung am Menschen betrifft, hat die EU-Richtlinie 2001/20/EG die Basis der Gesetzgebung in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten gestaltet, sodass erstmals vergleichbare Regeln für klinische Prüfungen von Arzneimitteln auf gesetzlicher Basis in Europa geschaffen wurden. In Österreich sind jedoch lediglich einzelne Bereiche der Forschung am Menschen gesetzlich geregelt. Auf diese Tatsache hat die österreichische Bioethikkommission

schon 2011 in ihrer Stellungnahme zur „Kodifikation des medizinischen Forschungsrechts“ hingewiesen:

Die Schweiz hat die zentrale Bedeutung der Forschung am Menschen erkannt und ein bundesweites Humanforschungsgesetz erlassen. Der Begriff der Forschung am Menschen wird weit interpretiert und bezieht sich u. a. auf lebende und verstorbene Personen, auf biologisches Material menschlichen Ursprungs, auf gesundheitsbezogene Daten von Personen und auf Biobanken. Im Gegensatz zu Österreich ist die Schweiz schon 2008 der „Konvention des Europarates zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin“ beigetreten. Ein anderes Land, das die Bedeutung einer eigenständigen Regelung für diesen Bereich früh erkannt hat, ist Frankreich, das ebenfalls der Konvention beigetreten ist.

Die Bioethikkommission hat zu einer Reform des Forschungsrechts aufgerufen, die am übersichtlichsten in Form einer Gesamtkodifikation umzusetzen wäre. Ziel eines einheitlichen Gesetzeswerks ist es, den Schutz der Personen mit der Wahrung der Forschungsfreiheit zu verbinden und insofern die Weiterentwicklung neuer medizinischer Behandlungsmöglichkeiten für die Gesellschaft bestmöglich zu fördern.

Die Autorin ist Vizerektorin für klinische Angelegenheiten an der Medizinischen Universität Wien und Vorsitzende der Bioethikkommission beim Bundeskanzleramt.



STUDENTISCHE ZUWANDERUNG IM BLINDEN FLECK DER POLITIK

Zur migrationspolitischen Rolle der Unis

Universitäten sind wichtige Akteure im zuwanderungs- und integrationspolitischen Geschehen, Magnete der Neuzuwanderung und Integrationsmotoren der schon Anwesenden. Der statistische Beleg dafür ist eindeutig: Im Jahr 2012 verzeichneten alle Universitäten Österreichs rund 18.900 Neuzugänge von erstzugelassenen Studierenden aus der EU und Drittstaaten. Der sich daraus ergebende Anteil von rund 35 Prozent aller Erstzugelassenen ist weltweit ein ausgesprochen hoher Wert. Mit der Wanderungsstatistik in Beziehung gesetzt, zeigt sich, dass rund ein Fünftel an der von der Politik gestaltbaren Neuzuwanderung eines Jahres auf eine studentische Zuwanderung entfällt. Jede fünfte zuwandernde Person eines Jahres kommt nach Österreich aus Gründen, die mit den Universitäten und den dort angebotenen Studien zusammenhängen. Über Asyl, Arbeitsmigration und Familienzusammenführung wird viel diskutiert, über die Belange der studentischen Zuwanderung so gut wie gar nicht.

Im Jahr 2012 konnten rund 34.300 Studierende ihr Studium beenden, davon waren 5.500 EU-Bürger und 1.600 Drittstaatsangehörige. Wie viele dieser aus dem Ausland stammenden Studienabsolventinnen und -absolventen in Österreich bleiben, ist statistisch nicht bekannt. Man kann nur vermuten, dass Österreich für viele eine neue Heimat geworden ist. Wer einen Job gefunden hat oder sein soziales Umfeld nicht mehr aufgeben möchte, der entschließt sich vielleicht für ein Bleiben in Österreich – und das ist gut so. Studien-

absolventen sind integrationspolitisch betrachtet die idealen Zuwanderer. Sie sind hoch qualifiziert, sprechen inzwischen die Sprache des Aufnahmelandes und sind ein integraler Bestandteil der Gesellschaft geworden. Ein Übergang von Studium und Graduierung zu Berufstätigkeit ist aus arbeitsmarkt- und integrationspolitischer Perspektive daher sinnvoll, Nachjustierungen in den gesetzlichen Bestimmungen (Rot-Weiß-Rot-Karte) sind notwendig.

Universitäten sind wichtige, wenn auch als solche nicht wahrgenommene Stakeholder im Bereich der Migrations- und Integrationspolitik. Entsprechende Diskussionen und politische Weichenstellungen werden von den Sozialpartnern, den Parteien und den NGOs beherrscht, dass die Universitäten (und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen) dabei eine wichtige Rolle spielen, wird völlig negiert. Sie müssen daher nachträglich versuchen, gesetzliche Unzulänglichkeiten auszubessern, und sie müssen immer wieder neue Wege finden, um die holprigen Schnittstellen bei der Exekution des komplizierten Fremdenrechtes zu überbrücken. Es ist Zeit, in dem Bereich einen politischen Perspektivenwechsel vorzunehmen.

Der Autor ist Vizerektor für Personalentwicklung und Internationale Beziehungen an der Universität Wien, Vorsitzender des Forums Internationales der Österreichischen Universitätenkonferenz sowie Vorsitzender des Expertenrates für Integration beim Bundesministerium für Inneres.



„ORIGINELL ZU DENKEN IST SO WICHTIG WIE DIE STIMME“

Was war der Anreiz für einen Mezzosopran von internationalem Rang, in das Leitungsgremium einer Uni zu wechseln?

Ich bin keineswegs in das Leitungsgremium gewechselt, sondern habe dort eine 50-Prozent-Funktion übernommen – ergänzend zu meiner Arbeit als Sängerin. Ich habe meine Wirkungsmöglichkeiten für die nachfolgenden Generationen immer schon eher im Bereich von zukunftsorientiertem Denken und organisatorischer Arbeit gesehen.

Die Kunstuni Graz war durch den Konflikt zwischen Unirat und Senat um die Wiederbestellung von Rektor Schulz 2012 verstärkt im Fokus der Medien. Haben die internen Spannungen Ihre Tätigkeit beeinträchtigt?

Zunächst gar nicht – aber seit dem daraus resultierenden Abgang von Georg Schulz leider sehr. Seit November 2012 war völlig offen, ob ich im Sommersemester überhaupt noch für die Grazer Musikuniversität arbeiten würde. Nach meinen ersten extrem intensiven acht

REGINA PREHOFFER



„ICH SCHÄTZE DEN UMGANG MIT KRITISCHEN GEISTERN“

Was war der Anreiz für eine Top-Bankerin, in das Leitungsgremium einer Universität zu wechseln?

Da hat auch der Zufall mitgespielt. Nach meinem Entschluss, den Vertrag bei der BAWAG-PSK damals nicht zu verlängern, war ich in der glücklichen Situation, in Ruhe überlegen zu können, was ich nach 30 Jahren im Bankgeschäft machen werde. Mich haben Personen aus der Wirtschaft und dem Non-Profit-Bereich kontaktiert, einer davon war Rektor Badelt. Ich habe mir sein Angebot überlegt, und da ich aus der Wirtschaft komme, habe ich es angenommen. Die Wirtschaftsuniversität war für mich ein positiv besetzter Bereich – ich habe ja selbst Handelswissenschaft und Jus an der früheren Hochschule für Welthandel am alten Standort studiert. Da gibt es natürlich eine emotionale Verbindung.

Ist der Job als Vizerektorin für Finanzen angesichts der Budgetnöte der Unis mehr mit Lust oder Frust verbunden?

Vizerektorin für Kunst und Internationales seit März 2012

Monaten als Vizerektorin blieb mir nichts anderes übrig, als alle Projekte soweit einzufrieren, dass ich einer eventuellen Nachfolgerin oder einem Nachfolger keine illusorischen Vorgaben hinterlasse. Jetzt plane ich wieder mit Elan zumindest für das nächste Studienjahr.

Wie beurteilen Sie mit „Blick von außen“ an dieser Schnittstelle von Ausbildung und Berufsausübung die Erwartungshaltung und die Chancen der Studierenden?

Damit treffen Sie die Kernaufgabe meiner Berufung. Der damals amtierende Rektor Georg Schulz hat mich genau dafür in sein Team geholt, um aus dem Blickwinkel der Berufsrealität heraus die Weichenstellungen für unsere Musikuniversität mitzugestalten und nötigenfalls infrage zu stellen. Das hat zu vielen fruchtbaren Ergebnissen geführt. Ich hoffe, dass unsere Studierenden begreifen, dass Üben alleine viel zu wenig ist, um diesen Beruf erfolgreich auszuüben. Ideenreiche Programme machen,

sich dem Publikum mitteilen, innovativ und originell denken zu können – das sind nur einige der Fähigkeiten, die ebenso wichtig sind, wie sein Instrument oder seine Stimme, bzw. seine Schauspielfähigkeiten zu beherrschen.

Was ist für Sie als Künstlerin die wichtigste Erkenntnis aus Ihrer neuen Rolle, und was konnten Sie in dem knappen Jahr als Führungskraft tatsächlich bewegen?

Ich habe diese neue Herausforderung mit großer Einsatzbereitschaft übernommen. Als Künstlerin muss ich nur aufpassen, dass ich die Arbeit an der Stimme nicht vernachlässige – wir haben in dieser kurzen Zeit so viele Themen angepackt, dass ich kaum beginnen kann, sie aufzulisten: Wir haben etwa Mathis Huber, den Intendanten der Styriarte, dafür gewonnen, einen Workshop „Programm denken – Programm machen“ anzubieten, entwickeln das Thema Musikvermittlung und suchen nach neuen Formaten für ein neues Publikum.

Die Interviews führte Manfred Kadi

Vizerektorin für Finanzen und Infrastruktur seit Oktober 2011

Auf jeden Fall mit Lust und mit viel Freude – nicht nur das Thema Finanzen, sondern auch die Infrastruktur. Diese Mischung ist auch durch den Neubau der WU sehr spannend. Auch das Ergebnis der Leistungsvereinbarungen ermöglicht ja einiges an Ausbauplänen und Verbesserungen.

Wie erleben Sie denn das Betriebsklima an einer Institution mit einem 1.400 Köpfe zählenden wissenschaftlichen Personal – in der Regel allesamt kritische Geister?

Es ist von Vorteil, dass ich aus großen Organisationen komme. Völlig anders als etwa in einer Bank ist der hierarchiefreie Raum und das Maß an Autonomie, das die Universität, aber auch die Professorinnen und Professoren haben. Ich bin aus meiner vorangehenden Tätigkeit viel strengere Strukturen und Prozesse gewöhnt. Aber man soll das nicht überbewerten: Top-down getroffene Entscheidungen können auch manchmal durch stille Opposi-

tion boykottiert werden. Ich finde das Betriebsklima angenehm, persönlich schätze ich den Umgang mit kritischen Geistern. Ich habe schon früher darauf geachtet, dass ich in meinem Team Menschen habe, die mir auch Kontrabieten, weil man nur so zu positiven Ergebnissen kommt.

Inwieweit hat sich Ihr Weltbild über die Universitäten durch Ihre neue Tätigkeit verändert?

Das hat sich schon stark verändert. Das Thema Wissenschaft und Forschung, verbunden mit Universitäten, habe ich ja zuvor nur aus großer Distanz im Augenwinkel gehabt. Es war mir nicht bewusst, wie stark etwa der Forschungsbereich an der WU im Vergleich zu meiner Studienzeit in den Vordergrund gerückt ist. Während ich früher als Zeitungsläserin Studiengebühren oder Zugangsbeschränkungen als ein Thema unter vielen wahrgenommen habe, gehört jetzt logischerweise alles rund um Universitäten zu meinem täglichen Leben.



„MEIN WEISHEITSBUCH
HÄTTE EINE
PROMOTION SEIN KÖNNEN“

Herr Scobel, Sie stehen als TV-Moderator in der medialen Auslage und versuchen von dieser Position aus, wissenschaftliche Themen zu kommunizieren. Wo liegen die größten Herausforderungen dieser Vermittlungstätigkeit?

Gert Scobel: Die Welt ist komplex. Und die Aufgabe des Fernsehens wie auch von Sachbüchern und letztlich auch von Wissenschaft ist es, diese Komplexität zu reduzieren, so dass Menschen in der Lage sind, die Welt zu verstehen und wir uns in komplexen Systemen zurechtzufinden. Die Frage ist, wie weit gehe ich nach unten? Gerade beim Fernsehen gibt es viele Leute, die sagen, du kannst gar nicht weit genug nach unten gehen. Du musst die Dinge so einfach machen, dass sie wirklich jeder versteht. Das Problem mit dieser Vereinfachung ist, dass diese Modelle nicht mehr mit der komplexen Welt übereinstimmen. Hart ausgedrückt: Ich verkaufe den Menschen letztlich eine Lüge. Man muss sich also klar machen, dass man Menschen überfordern kann. Man kann sie aber genauso unterfordern. Im deutschen Fernsehen geht die Tendenz eher zur Unterforderung. Ich glaube, dass man Menschen auch wachhalten kann, wenn man ihre Neugier anregt. Diese Spannung zwischen Unter- und Überforderung ist ein Schlüssel für mich.

Wie erleben Sie das Auftreten der Institution Universität im öffentlichen Diskurs und in der medialen Debatte?

Scobel: Die Unis sind dabei, sich zu öffnen, und das hängt mit einem Generationenwechsel zusammen. Vor zehn Jahren war der TV-Auftritt für einen renommierten Wissenschaftler eher schädlich. Inzwischen findet man in den Papieren der DFG (Deutsche Forschungsgemein-

schaft, Anm.) immer Überlegungen zur medialen Vermarktung und zur Einbeziehung der Öffentlichkeit. Von den jüngeren Wissenschaftlern haben das viele drauf. Viele Wissenschaftler haben aber, wenn sie zu einem großen Publikum sprechen, immer noch ihre Fachkollegen im Kopf – die zwei, drei Koryphäen auf dem Gebiet, mit denen sie sich ansonsten einen Schlagabtausch liefern. Nur selten denken sie an den normalen Durchschnittsmenschen, der sie gerade hört oder sieht.

Sie haben in Deutschland und in Kalifornien studiert. Berkeley zählt für viele zu den schillerndsten Universitäten weltweit. Wie war es dort?

Scobel: Meine Tochter würde jetzt sagen: Das war ja im letzten Jahrtausend! Aber damals war schon klar, dass etwa Interdisziplinarität überhaupt keine Frage ist. Dort wurde ganz selbstverständlich interdisziplinär gearbeitet. Ich habe das Gefühl, dass das bei uns immer noch nicht angekommen ist. Natürlich steht das auf allen Projektanträgen drauf – aber faktisch findet das ganz selten statt. In Berkeley habe ich eine viel größere Offenheit und einen viel kleineren Dünkel erlebt. Die Durchlässigkeit – was die internationale Arbeit angeht – war schon damals in Amerika deutlich höher.

Wie geht es Ihrem Dissertationsvorhaben? Sie promovieren seit 2006 am Institut für Hermeneutik und Religionsphilosophie der Universität Zürich zum Thema Pluralismus.

Scobel: Ich habe aber in der Zwischenzeit drei Bücher geschrieben und arbeite gerade am vierten. Und jedes Mal war die Frage: Willst du lieber die Promotion fertig

machen oder dieses Buch schreiben? Ich habe mich immer für das Buch entschieden, weil ich das Gefühl hatte, dass ich das Thema unter die Leute bringen soll. Die akademische Arbeit hilft in der Regel – außer einem selber – keinem anderen Menschen weiter. Mein Weisheits-Buch (Weisheit – Über das, was uns fehlt. Köln, DuMont Verlag, 2008., Anm.) hätte eine Promotion sein können. Das haben mir auch Uni-Menschen gesagt. Aber damit hätte ich nicht so viele Leser erreicht.

Der Philosoph Peter Sloterdijk sprach kürzlich im Zusammenhang mit der Aberkennung des Dokortitels der ehemaligen Ministerin Anette Schavan von einer „Barbarisierung der Promotion als eines der Universität vorbehaltenen hoheitlichen Instruments“. Wie sehen Sie diese Debatte?

Scobel: Ob sich die Universität Düsseldorf damit einen großen Gefallen getan hat, wage ich zu bestreiten. Ich glaube, dass es sehr problematisch ist, Doktorarbeiten von vor 30 Jahren mit heutigen Dissertationen zu vergleichen. Um bestimmte Fragen zu beantworten, haben Sie damals, wenn Sie Pech hatten, drei Tage in einer Bibliothek verbracht. Heute können Sie das innerhalb einer halben Stunde bequem zu Hause im Internet machen. Wie soll man das vergleichen? Unterschiedlich war auch der Stil. Man hat vor 30 Jahren gerade in den Geisteswissenschaften sehr viel paraphrasiert. Da wurde Niklas Luhmann mit zwei, drei Zitaten zitiert, und auf den nächsten drei Seiten hat man die Gedankengänge paraphrasiert ohne jeden einzelnen Gedanken aufzuführen.

Sehen Sie die Plagiatsdebatte auch im Kontext einer größeren Rechenschaftspflicht der Universitäten gegenüber der Öffentlichkeit? Es wird viel davon gesprochen, welchen gesellschaftlichen Mehrwert das vom Staat in die Unis investierte Geld bringt.

Scobel: Es ist umgekehrt: Menschen, die Karriere machen wollen, nutzen die Universitäten, um zu sagen, das habe ich auch locker gemacht. Jetzt fange ich mit dem eigentlichen Kram an, weil Uni kann ich ja. Das ist eine „Indienstnahme der Universitäten“, um Karriere zu machen. Ich erinnere mich gut an einen Anruf, den ich

vor etwa 15 Jahren bekam. Ich wurde gefragt, ob ich nebenher Geld verdienen und für andere Doktorarbeiten verfassen möchte? Ich hatte das nicht im Geringsten vor, habe mich aber erkundigt: Es wurden 15.000 D-Mark (rund 7.700 Euro) bezahlt. Das hat es damals gegeben, und das gibt es auch heute. Die Frage ist, ob man wirklich, etwa für eine politische Karriere, unbedingt einen akademischen Adelstitel braucht? Offensichtlich gibt es einen Hang zu sagen, dass promovierte Politiker besser sind und Minister werden können. Wenn man solche Mechanismen akzeptiert, schafft man eine Nachfrage mit dem entsprechenden Angebot, das dann der Betrug ist.

Wie sollte die Universität im Jahr 2030 beschaffen sein?

Scobel: Ich kann nur für Deutschland sprechen. Die Universität der Zukunft sollte interdisziplinär sein. Sie sollte die Bologna-Denkweise abgeschafft haben. Ich kann keine wirklich guten Köpfe produzieren, indem ich sie in ein völlig verschultes System bringe. Damit verhindere ich, dass jemand ein bisschen über den Horizont seiner Disziplin rausdenkt. Die Universität der Zukunft wird hoffentlich so etwas wie Personalentwicklung betreiben – also einerseits die alten, seriösen Koryphäen binden, gleichzeitig aber auch jungen Forschern die Möglichkeit geben, zu lehren und zu forschen. Da hakt es. Und: Die Universität der Zukunft wird den Austausch mit anderen Universitäten vereinfacht haben.

Das Interview führte David Baldinger

ZUR PERSON

Gert Scobel (Jahrgang 1959); Studium der Philosophie und Theologie an der Jesuiten-Hochschule St. Georgen in Frankfurt am Main und an der University of California in Berkeley; Lehraufträge u. a. an der University of San Francisco. EICOS-Stipendium, u. a. am Max-Planck-Institut für Kognitions- und Neurowissenschaften in München; von 1995 bis 2007 Moderation der 3sat-Sendung „Kulturzeit“; seit 2008 Leitung und Moderation der Sendung „scobel“. Mehrere Auszeichnungen, darunter Deutscher Fernsehpreis und Adolf-Grimme-Preis.



ALGAROTTIS BESTSELLER UND DIE WIEDERKEHR ALS FEMTECH

Neue Bildungswegweiser für Frauenkarrieren

Als Francesco Algarotti 1737 seine berühmte Publikation „Il newtonianesimo per le dame ...“ herausbrachte, der bald die englische Version „Newtonianism for Ladies“ folgte, war auch eine Idee geboren, die im 21. Jahrhundert als „FEMtech“ wiederkehrt: die offiziellen Förderungsprogramme von Frauen in Forschung und Technologie.

Algarotti, Kunstgelehrter und neben Voltaire einer der wichtigsten Vertreter der friderizianischen Aufklärung, verstand es, in dieser Schrift den Leserinnen und Lesern die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse von Isaac Newton durch literarische Aufbereitung nahe zu bringen sowie Fragen der genderspezifischen Kreativität zu erörtern. Er bedient sich dabei der Dialogform und untermalt philosophische Erkenntnisse mit Schilderungen einer vertrauten Häuslichkeit. Unter anderem werden auch die wissenschaftlichen Leistungen von Europas erster Universitätsprofessorin Laura Bassi als Vorbild gewürdigt.

Es hat sich gezeigt, dass alle Initiativen für MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) der Gegenwart ihr Ziel verfehlen, wenn nicht gleichzeitig ein adäquater Frauenanteil in diesem Bereich angestrebt wird. Dass dabei auch die Geisteswissenschaften eine wichtige Rolle spielen und Verantwortung tragen, kann aus dem Beispiel abgeleitet werden ebenso wie die Notwendigkeit einer stärkeren Einbindung der Kultur- und Sozialwissenschaften in das zukünftige Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“, für die sich auch

Präsident Heinrich Schmidinger anlässlich des Besuchs der EU-Forschungskommissarin in Wien im vergangenen April ausgesprochen hat. Die Brückenfunktion, die dieses Programm ausfüllt, wird oftmals unterschätzt, ist aber entscheidend für die Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen.

So zeigt sich auch Anton Zeilinger in seiner Beantwortung der „Edge-Frage 2013“ (*What should we be worried about?*) besorgt über die zunehmende Verengung des wissenschaftlichen Blicks. Während die Spezialisierung von Wissen in immer kleinere Einheiten fortschreitet, sind immer weniger Menschen dazu in der Lage, die Zwischenräume zwischen den Disziplinen zu schließen.

Unter den zahlreichen Initiativen zur stärken Diversifizierung der Bildungswege für Frauen wie FIT, CEWS, EPWS, oder fFORTE ist zweifellos das MINTIFF-Projekt die originellste (www.mintiff.de): Mit künstlerischen Mitteln in Form von Fernsehfilmen und -serien, in denen charismatische Frauenfiguren in wissenschaftlichen Berufsmilieus agieren, soll das mangelnde Interesse junger Frauen an naturwissenschaftlichen Karrieren aufgebrochen werden. Berufsorientierung im Unterhaltungsformat scheint ein Erfolgsrezept zu sein, schließlich hat es bereits das Werk Algarottis zum Bestseller gemacht.

MODELLE UND RITUALE AUF DEM PFAD DER FINANZIERUNG

Vom Ringen um nachhaltige Budgetsicherung

Die Atempausen für die Mitglieder des **Forums Budget** der Universitätenkonferenz (uniko) waren im Budgetverhandlungsjahr 2012 angesichts der Entwicklungen rund um die Leistungsvereinbarungen für 2013 bis 2015 und das „Jahrzehntprojekt“ einer kapazitätsorientierten Universitätsfinanzierung knapp bemessen. Im Monatsrhythmus bereiteten die Rektoratsmitglieder Daten auf, die als Grundlage für die Formulierung von uniko-Positionen dienten, aber auch in die Stellungnahmen der uniko zu Gesetzentwürfen und Verordnungen einfließen. Obwohl es im Herbst 2012 nicht danach aussah, hatte bis zum Jahresende jede der 21 Universitäten ihre Leistungsvereinbarung mit der Republik Österreich, in der die gegenseitigen Verpflichtungen für die kommenden drei Jahre definiert werden, abgeschlossen und eine Einigung über die Verteilung von rund neun Milliarden Euro erzielt.

Dabei war ein 34 Seiten starkes Vertragsmuster samt Arbeitsbehelf zu beachten, die Daten mussten an das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWF) zurückgemeldet werden. In mehrmaligen Verhandlungsrunden der Rektorate mit den Spitzenbeamten des Ressorts ergaben sich in der Folge Druckwerke mit mehr als 50 Seiten, was beim Vorsitzenden des **Forums Budget**, Vizerektor Franz Wurm, Zweifel an der Sinnhaftigkeit des Rituals aufkommen ließ: „Meist steht der Aufwand für die Vorbereitungen in keinem Verhältnis zu den Ergebnissen. Vergleicht man ähnliche Vereinbarungen aus Nachbarstaaten, wird nur ein Drittel der Seiten benötigt.“ Den Begehrlichkeiten des Minis-

teriums widersetzte sich die uniko – auch in Stellungnahmen – dort, wo sie Eingriffe in die Autonomie der Universitäten erkannte.

Unbefriedigend war für den Vorsitzenden des **Forums Budget**, was nach den Verhandlungen der Regierungsparteien zum Jahresende vom Modell der Studienplatzfinanzierung übrig geblieben war. Immerhin hatte sich eine Arbeitsgruppe mit Vertretern von BMWF und uniko zum Jahreswechsel 2011/12 auf ein neues Finanzierungsmodell mit mehr als einem Dutzend Eckpunkten geeinigt, darunter Festlegungen von Prinzipien für Zugangsregelungen sowie Berechnungen von Lehrpreisen nach Fächergruppen. „Die grundlegenden Elemente wurden im UG-Gesetzentwurf nicht beachtet“, resümiert Wurm. Der Gesetzgeber hatte sich dafür entschieden, mittels Festlegung von Studierendenzahlen, die weit über den tatsächlichen Kapazitäten der Universitäten liegen, einen unhaltbaren Zustand fortzuschreiben statt zu beheben.

Trotz aller Einwände zwingt eine kapazitätsorientierte Universitätsfinanzierung die öffentliche Hand dazu, künftig Farbe zu bekennen, da erstmals der finanzielle Mehrbedarf der Universitäten beziffert wird: Dieser beläuft sich bei einer stufenweisen Umsetzung für alle 164.000 prüfungsaktiven Studien (Basis 2009/10) in der ersten Phase auf 330 Millionen Euro jährlich, in der zweiten Phase auf 680 Millionen Euro im Jahr und im optimalen Vollausbau auf 1,2 Milliarden Euro jährlich – auf Preisbasis 2010 notabene. *mk*



ZWÖLF MONATE IM ZEICHEN DER NACHHALTIGKEIT

Uni-Allianz und Lehrmethoden im Zeitgeist

Das deutsche Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat 2011/12 erstmals ein Leadership-Training für „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) organisiert, um weltweit Führungskräfte für diesen Bereich auszubilden. Da ich mich schon während meines Studiums mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigt hatte, wollte ich diese Gelegenheit nützen. Die insgesamt einjährige Weiterbildung wurde durch eine Bildungskarenz ermöglicht.

Die Teilnehmer kamen aus Indien, Mexiko, Südafrika und Deutschland und spiegelten die Eckpfeiler einer Bildungslandschaft wider: Ministerien, NGOs und Universitäten. Nach einer Online-Vorbereitungsphase startete der Kurs im September, von November bis Februar absolvierte ich ein Praktikum beim Center for Environment Education in Pune (Indien), und im März 2012 endete die Präsenzphase mit einem Disseminierungs-Event in Berlin. Von März bis Juli 2012 arbeitete ich, unterstützt von der Universität Graz, an einem Projekt über innovative Lehrmethoden für BNE im Hochschulbereich.

Was aber ist Bildung für nachhaltige Entwicklung? Grundsätzlich geht es um eine umfassende Ausrichtung von Bildung mit dem Ziel, heutigen und künftigen Generationen ein Zusammenleben in Freiheit, Wohlstand und einer lebenswerten Umwelt zu ermöglichen. Dies bedarf passgenauer Lösungsansätze – in Indien wurde beispielsweise per Höchstgericht verordnet,

dass auf allen Bildungsstufen verpflichtend Umwelt-erziehung auf dem Lehrplan steht.

Zurück in Wien stellte ich fest, dass ich nicht die Einzige bin, die sich mit BNE beschäftigt: Neun Universitäten hatten mittlerweile eine „Allianz nachhaltiger Universitäten“ gegründet, die es sich zum Ziel gesetzt hat, Nachhaltigkeitsaktivitäten aus den Bereichen Forschung, Lehre, Betriebsökologie, Wissenstransfer und Öffentlichkeitsarbeit miteinander zu vernetzen. Die Universität Graz, die BOKU und die TU Graz haben sich zusätzlich im Projekt „Sustainicum“ (www.sustainicum.at) zusammengetan, um Themen der Nachhaltigkeit in die universitäre Lehre einzubringen. Mein Projekt zu den Lehrmethoden hat sich somit gut in den Zeitgeist eingegliedert.

Seit August 2012 bin ich wieder bei der Universitätenkonferenz als Referentin für Internationales tätig. Viele Dinge haben sich in diesem Jahr verändert, sowohl bei der uniko als auch bei mir selbst. Eines bin ich mir aber gewiss: Das Konzept des lebenslangen Lernens kann nur dann realisiert werden, wenn einander Arbeits- und Bildungsphasen abwechseln. Dies bedarf neben fortbildungsinteressierten Individuen vor allem auch unterstützender Organisationen bzw. Unternehmen und nicht zuletzt entsprechender staatlicher Strukturen.

LEITFADEN, FRAGEBÖGEN UND EIN NEUES PANORAMA

Österreichs Universitäten definieren ihre internationalen Standards

Auch wenn das nachhaltige Interesse an qualifizierten internationalen Studierenden und am wissenschaftlichen Nachwuchs aus dem Ausland für eine Reihe von heimischen Universitäten schon bisher gelebte Praxis war: 2012 wurde diese „moralische Selbstverpflichtung“ der Alma Mater erstmals in schriftlicher Form festgehalten: Das **Forum Internationales** der uniko verabschiedete – gemeinsam mit dem Forum Lehre – einen „Leitfaden für das Studium von internationalen Studierenden an österreichischen Hochschulen“. Ziel des Leitfadens ist es, eine Grundlage für die Bereiche „Information, Zulassung und Betreuung“ festzulegen und gemeinsame Mindeststandards zu definieren, auf deren Einhaltung sich internationale Studierende verlassen können.

„Österreichs Universitäten dokumentieren damit ihr Bemühen, ein guter Gastgeber zu sein“, stellt der Vorsitzende des **Forums Internationales**, Vizerektor Heinz Faßmann, fest. Der leitende Gedanke dabei: den internationalen Studierenden, wo immer dies möglich ist, dieselben Rechte einzuräumen wie österreichischen und ihnen gleichgestellten EU-Studierenden, und darüber hinaus diejenigen Hilfen anzubieten, die sie als internationale Gäste besonders benötigen. Dessen ungeachtet sind Studierende mit ausländischer Herkunft jedoch angehalten, selbstständig Informationen zu den jeweiligen Regelungen an den einzelnen Universitäten einzuholen.

Neben den notorischen Problemfällen aus dem Fremdenrecht beschäftigte das **Forum Internationales**

auch eine im Sommersemester 2012 durchgeführte Erhebung über die Internationalisierung der österreichischen Hochschulen im Rahmen der Umsetzung der FTI-Strategie der österreichischen Bundesregierung, die wertvolle Ergebnisse und Perspektiven geliefert hat: „Österreichs Universitäten widmen sich der Internationalisierung, um die Exzellenz der eigenen Institution in Forschung und Lehre zu stärken, und sie machen das sehr erfolgreich“, resümiert Faßmann. Darüber hinaus erachten es die Universitäten als notwendig, die Interkulturalität der Institution zu stärken und durch Internationalisierung einen Beitrag zur Profilbildung zu leisten. Zwölf der 16 befragten Universitäten orten Unterstützungsbedarf von außen, speziell wenn zusätzliche Mittel für Internationalisierungsaktivitäten zur Verfügung stehen würden.

Kurz nach dem Jahreswechsel verschickte das **Forum Internationales** die erste Ausgabe seines Newsletters: Unter dem Titel „Internationalisierungspanorama“ werden Informationen für die Mitglieder gebündelt und aufbereitet, um so die Diskussion über die Strategien und Erfolge der heimischen Universitäten zu befördern und das Bewusstsein für Internationalität zu stärken. Die elektronische Post soll Statistiken, Veranstaltungsdaten und Studienergebnisse offerieren und auch ein Forum für inhaltliche Auseinandersetzungen bieten. **mk**



HARVARD NICHT NUR ALS POLIT-BÜHNE NUTZEN

Österreich kann sich dem Wissensaustausch mit Top-Universitäten nicht verschließen

Während andere EU-Länder den Zug der Zeit erkannt haben und nachhaltige Maßnahmen zur Umstellung auf eine Knowledge-based Economy vornehmen, verlässt sich Österreichs Politik nach wie vor auf den Tourismus als Wirtschaftskraft Nummer eins. Will Österreich jedoch langfristig seinen Platz als zehntreichstes Land der Welt halten, sind grundlegende Reformen vonnöten. Die Alpenrepublik wird im internationalen Wettbewerb nur bestehen, wenn alle Österreicher/innen ihr volles Potenzial ausschöpfen können.

aber eines steht fest: Es ist keine nachhaltige Devise, sich im Zeitalter der Globalisierung dem internationalen Wissensaustausch mit internationalen Top-Unis auf der Nachwuchsebene zu verschließen. Das gilt auch für die europäische Ebene. Ein sinnvolles Abkommen mit anderen EU-Staaten betreffend Zugangsregelung und/oder Finanzierung der in Österreich studierenden EU-Bürger gibt es nach wie vor nicht; die Förderung von Mobilitätsstipendien wird immer willkürlicher.

Im Rahmen des Harvard Club of Austria, Student Chapter, haben wir versucht, diesen bedenklichen Trends entgegenzuwirken, indem wir nicht nur Österreich an der Harvard University repräsentieren, sondern auch den Kontakt zu Österreich und zum dortigen Bildungsnachwuchs aufbauen. Bisher können wir insofern Erfolge verzeichnen, als wir zahlreiche Anfragen von österreichischen Bewerber/innen bekommen und Gastvorträge von Österreichern/innen organisieren. Harvard wird zusehends auch gerne als politische Bühne von diversen Ministerien benutzt – aber leider (noch) nicht als Bühne der Zukunft des österreichischen Bildungsweges. Dazu würde es eines Umdenkens und eines intellektuellen Erwachens der österreichischen Bildungspolitik bedürfen.

Man kann die Richtigkeit diverser internationaler Uni-Rankings – bei denen Österreichs Unis nicht mehr unter den Top 100 zu finden sind – natürlich debattieren,

VERWERTUNGEN, BEWERTUNGEN UND EINE STURMWARNUNG

Universitätenkonferenz setzt Forschungsakzente mit Blick auf den Horizont 2020

Auch wenn die Technologieverwertung nicht zu den Kernaufgaben der Universitäten zählt, so bildete das Thema doch ein Kernstück auf der Agenda des **Forums Forschung** der Universitätenkonferenz (uniko): Unter der Devise „Gesellschaftlicher Auftrag, nicht Selbstzweck“ bereitete die AG IPR (Intellectual Property Rights) der uniko Mitte Mai ein Realisierungskonzept für die Technologieverwertung auf, das zum Jahresende hin in konkrete Gespräche mit den beiden betroffenen Ressorts, Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung sowie Bundesministerium für Wirtschaft, mündete.

Die Universitäten investierten in den letzten Jahren substanziell in den Aufbau ihrer Technologietransferorganisationen, wobei fast alle Unis kompetentes Personal engagiert haben. Allerdings werden diese Dienststellen seit Auslaufen der Initiative uni:Invent Ende 2009 zum großen Teil aus dem Globalbudget finanziert. Als erschwerend erweist sich die Tatsache, dass der Patentschutz und die Weiterentwicklung von Erfindungen nicht nur hohe Kosten verursachen sondern dass nennenswerte Rückflüsse daraus erst mittel- bis langfristig stattfinden werden.

„Die Universitäten können ohne zusätzliche Förderung der öffentlichen Hand diesem Auftrag nicht nachkommen“, hält die Vorsitzende des **Forums Forschung**, Vizerektorin Gabriele Kotsis, fest. Zudem sind Patente von den Universitäten aufgrund der hohen Kosten meist nur eine begrenzte Zeit lang aufrecht zu erhalten. Zu

den geplanten Technologiezentren (Cluster Ost, Cluster West, Cluster Süd) wurden bereits Konsortialverträge zwischen den Unis aufgesetzt, Mitte 2013 könnte mit der Umsetzung begonnen werden.

Auch die optimale Positionierung heimischer Universitäten zur erfolgreichen Projekteinwerbung für das kommende siebenjährige EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ hatte das **Forum Forschung** mit Jahresbeginn mobilisiert. Zusätzlich zu den uniko-Stellungnahmen für die Verhandlungsposition Österreichs zu „Horizon 2020“ ergab sich im April im Rahmen einer hochrangig besetzten Konferenz in der Wiener Hofburg noch eine Gelegenheit, die EU-Verantwortlichen direkt anzusprechen. In Anwesenheit von EU-Forschungskommissarin Máire Geoghegan-Quinn übermittelte uniko-Präsident Heinrich Schmidinger die Anliegen des Forums und gab, anknüpfend an das Motto „Rückenwind für Österreichs Forschung und Innovation?“, in seinem Vortrag zwei „Sturmwarnungen“ aus: Österreich werde vom 80 Milliarden Euro schweren EU-Forschungsförderungsprogramm ab 2014 gern Gebrauch machen, doch dürfe „Horizon 2020“ erstens nicht an einer „Überbürokratisierung“ scheitern, zweitens sei einer Unterschätzung der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften einerseits sowie der Kunstuniversitäten bzw. Kunstakademien andererseits entgegenzuwirken. Was zu diesem Zeitpunkt nicht absehbar war: Knapp zehn Monate später sollten die EU-Regierungschefs das Forschungsbudget auf 69 Milliarden Euro kürzen. **mk**



ARDE BELEUCHTET QUALITÄT IM DOKTORATSSTUDIUM

EUA-Projekt gibt Einblick in Reformprozess

Qualitätssicherung im Doktoratsstudium: Diese beiden komplexen Themen wurden nicht von Beginn an im europäischen Kontext gemeinsam diskutiert, da die Qualitätssicherung eher in Verbindung mit der Lehre und der ursprünglich zweigliedrigen Studienarchitektur (Bachelor, Master), die Doktoratsstudien in Verbindung mit der Forschung erörtert wurden. Im Zuge des Bologna-Prozesses entwickelten jedoch viele europäische Universitäten spezifische Maßnahmen zur Qualitätssicherung und -verbesserung auch für Doktoratsstudien, beide Bereiche wurden zunehmend in Verbindung gebracht. Genau damit setzte sich das für zwei Jahre anberaumte, nunmehr abgeschlossene EUA-Projekt *Accountable Research Environments for Doctoral Education (ARDE)* auseinander.

Seit der Aufnahme der Doktoratsstudien als dritten Zyklus in den Bologna-Prozess sind mittlerweile zehn Jahre vergangen, viele europäische Universitäten haben seither Reformen vorangetrieben. Das Projektteam, bestehend aus der European University Association (EUA), dem University College Cork (UCC), der polnischen Rektorenkonferenz (CRASP) und der Österreichischen Universitätenkonferenz (uniko), beschloss, Überlegungen zu Verantwortung, Qualitätsverbesserung und Transparenz, die innerhalb der Universitäten stattgefunden hatten, systematisch zusammenzutragen.

Von rund 750 angefragten Universitäten in den EUA-Mitgliedsländern antworteten 112 Institutionen, die insgesamt 20 Prozent der geschätzten 600.000

Dissertant/inn/en innerhalb der EU abdecken. Basierend auf diesen Informationen, auf Berichten von Fokusgruppen und des abschließenden Workshops entstand der nun vorliegende Projektbericht: *Quality Assurance in Doctoral Education. Results for the ARDE Project. EUA Publications 2013*. Er gibt einen Einblick in bis dato stattgefundenen, noch nicht abgeschlossene Reformen. Das breite Themenspektrum der Umfrage reicht von Registrierung und Zulassung über Empfehlungen für Dissertant/inn/en und Betreuer/innen bis zu Evaluierung.

Betreuung ist dabei ein wichtiges Thema, da sie den Hauptteil der Interaktion der Dissertant/inn/en mit der Universität darstellt; unabhängig davon, ob es sich um eher unregelmäßige individuelle Treffen handelt oder Arbeiten in einem Forschungsteam. Veränderungen in der Betreuungskultur werden jedoch als schwieriger und langsamer Prozess beschrieben. 75 Prozent der an der Umfrage beteiligten Universitäten haben schriftliche Empfehlungen oder Regeln für Betreuung, meistens unverbindlich. Bindende Regeln auf Gesetzesbasis werden allerdings als hinderlich angesehen, da sie keine Motivation hinsichtlich der Entwicklung einer Qualitätskultur der Universität darstellen.

Weitere Informationen:

http://www.eua.be/Libraries/Publications_homepage_list/EUA_ARDE_Publication.sflb.ashx

LEHRERBILDUNG UND STUDIENPLÄTZE: NEUVERPACKUNG MIT WARNHINWEIS

Universitäre Lehre und die unfertigen Baustellen

Schon mit Jahresbeginn brachte sich die Universitätenkonferenz (uniko) beim Regierungsprojekt der neuen Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern in Position, auch mit kontinuierlichen Warnungen vor dem Aufbau kostspieliger Parallelstrukturen und dem drohenden Qualitätsverlust. Allerdings zeigten sich die Spitzen von Wissenschafts- und Unterrichtsministerium wild entschlossen, allen systemimmanenten Widersprüchlichkeiten zum Trotz das seit 2008 gewälzte Projekt rechtzeitig vor dem Ende der Legislaturperiode im Herbst 2013 abzuschließen, auch um den Preis unfertiger Baustellen auf akademischem Boden.

Die Plenarversammlung der uniko hatte vorsorglich, auf den Vorarbeiten des **Forums Lehre** basierend, Mitte Oktober 2012 ein Positionspapier verabschiedet. Darin bekräftigten die Universitäten als Hauptverantwortliche für die Lehrerinnen- und Lehrerbildung der Sekundarstufe ihre bisherigen Forderungen, darunter die weitgehende Umstellung der Studien auf die Bachelor/Masterstruktur (BA/MA) und – als Voraussetzung für eine Lehrbefähigung in der Sekundarstufe – einen Master- bzw. Diplomabschluss. Zwar wurde diesem Verlangen zum Teil Rechnung getragen, allerdings kristallisierte sich zum Jahresende heraus, dass die alleinige Verantwortung für die Ausbildung der Sekundarstufe den Universitäten entzogen und künftig nur mehr gemeinsam mit den Pädagogischen Hochschulen (PH) wahrgenommen wird. Die Einführung des geplanten „Zertifizierungsrates“ für Curricula der Universitäten war dann in den Augen der

Rektorinnen und Rektoren als geplanter „Eingriff in die Autonomie“ nicht mehr konsensfähig.

Auch bei der praktischen Umsetzung des Probelaufs der Studienplatzfinanzierung, die nach monatelangen Verhandlungen auf Regierungsebene im ersten Quartal 2013 vom Nationalrat beschlossen wurde, spielte das **Forum Lehre** eine entscheidende Rolle. „Die Rektorate haben frühzeitig damit begonnen, bei den von Zugangsregelungen betroffenen, besonders nachgefragten Studienrichtungen zu möglichst einheitlichen und fairen Aufnahmeverfahren zu gelangen“, betont der Vorsitzende des **Forums Lehre**, Vizerektor Martin Polaschek. Ungeachtet der massiven Kritik der uniko an der im Dezember vorgelegten Regierungsvorlage zur Implementierung der Studienplatzfinanzierung („weder studierendenbezogen, noch kapazitätsorientiert“), waren den Rektorinnen und Rektoren letztlich die Interessen der Studierenden und die Gewährleistung eines reibungslosen Studienbeginns im kommenden Wintersemester ein vorrangiges Anliegen.

Kurz vor Weihnachten wurde von Wissenschaftsministerium, HochschülerInnenschaft (ÖH) und uniko gemeinsam der Preis „Ars docendi“ für exzellente Lehre präsentiert. Unter der Mitwirkung des **Forums Lehre** geschaffen, wird die Auszeichnung 2013 erstmals verliehen. Damit soll auch auf nationaler Ebene der Stellenwert der Lehre nachhaltig angehoben werden, um insbesondere junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für die Lehre zu begeistern. *mk*



MEHR WISSENSCHAFTLER UND KÜNSTLER AUF NEUEM KARRIEREPFAD

Chancen des Kollektivvertrags werden genutzt

Der Beobachtungszeitraum für die Attraktivität des Uni-Kollektivvertrags (KV) ist zwar noch kurz. Allerdings lassen die Daten des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (unidata) bereits jetzt erkennen, dass die Universitäten dieses neue Konzept aufgreifen und umsetzen.

Mit Inkrafttreten des KV Ende 2009 wurde ein Tenure-Track-Modell eingeführt, ein neues Karrieremodell für Wissenschaftler/innen und Künstler/innen. Wer sich auf den Karrierepfad begibt, ist sogleich Assistenzprofessor/in, wer alle Zielvorgaben positiv erfüllt, wird Assoziierte/r Professor/in und erhält eine unbefristete Stelle. Rechte und Pflichten sind arbeitsrechtlich denen der berufenen Professor/inn/en nachgebildet (organisationsrechtlich gehört diese Personengruppe weiterhin zum akademischen Mittelbau). Laut unidata gab es im Wintersemester (WS) 2011 an Österreichs Universitäten 477 Assistenz- und 156 Assoziierte Professoren und im WS 2012 bereits 525 Assistenz- und 265 Assoziierte Professoren.

Die Universität hat schon bei der Ausschreibung darauf hinzuweisen, ob bei der Stelle auch eine Qualifizierungsvereinbarung (QuV = Tenure-Track-Vereinbarung) angeboten wird. Grundsätzlich richten sich diese Qualifizierungsstellen bei den wissenschaftlichen Universitäten an Post-docs, bei künstlerischen Universitäten an Künstler/innen mit entsprechend gleichzuhaltender Qualifikation. Nach Abschluss des Arbeitsvertrags hat die Universität bis zu zwei Jahre Zeit, um die Qualifi-

zierungsvereinbarung abzuschließen. Das bedeutet, dass es auch möglich ist, gleich zu Beginn die QuV abzuschließen. In der QuV vereinbaren der/die Wissenschaftler/in oder Künstler/in mit der Universität, welche Ziele sie zu erreichen haben und auch die Unterstützung der Universität.

Während der zwei Jahre kann sich die Universität auch entschließen, keine QuV anzubieten, sie wird dies aber nur in begründeten Fällen nicht tun. Es kann auch der Fall sein, dass sich der Wissenschaftler/Künstler mit der Universität nicht über den Inhalt der QuV einigen kann. In diesen Ausnahmefällen kann die Universität das Arbeitsverhältnis nach drei Jahren kündigen.

Das Ziel der QuV ist es, eine „professorable“ Qualifikation zu erreichen, vergleichbar mit der bisherigen Habilitation. Doch soll die QuV das System für gleichwertige oder umfassendere Qualifizierungen öffnen. So können zusätzlich zur Forschung/Entwicklung und Erschließung der Künste, und zur Lehrleistung auch eine Managementausbildung, Auslandsaufenthalte, die Einwerbung von Drittmitteln etc. vereinbart werden.

Gegen Ende der Laufzeit erfolgt eine Evaluierung der Leistung anhand der Vereinbarung. Gelegentlich kommt es durchaus vor, dass der Karriereweg für einen Ruf an eine Universität vorzeitig verlassen wird. Im weiteren Sinn ist auch das als ein erfolgreicher Abschluss zu werten.



1 IN SANKT GILGEN. Die Mitglieder der uniko bei ihrer zweitägigen Strategieklausur am Wolfgangsee am 29./30. Oktober.

2 IN DER HOFBURG. „Sturmwarnung“ des uniko-Präsidenten Heinrich Schmidinger bei der Wiener Konferenz „Horizon 2020“ im großen Redoutensaal am 24. April.



3 IM UNIPARK NONNTAL. Die Universität Salzburg als Schauplatz für das „EUA Funding Forum“ mit Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle, Landeshauptfrau Gabi Burgstaller, EUA-Präsidentin Maria Helena Nazaré sowie Rektor und uniko-Präsident Heinrich Schmidinger (von links) als Gastgeber am 11. Juni.

4 AM MINORITENPLATZ. Bundesminister Karlheinz Töchterle, ÖH-Vorsitzende Janine Wulz und der Vorsitzende des uniko-Forums Lehre Martin Polaschek (rechts im Bild) informieren in einer Pressekonferenz im Blauen Salon des Ministeriums über die Neuregelung der Inskription.

5 AM KÜNIGLBERG. ORF-Moderator Martin Haidinger und uniko-Generalsekretärin Elisabeth Fiorioli bei der Aufzeichnung der am 15. Oktober ausgestrahlten vierten Folge für die alpha-Österreich-Serie „Österreichs Universitäten“ in einem Studio der Zentrale des Österreichischen Rundfunks.





KÜNSTLERISCHES LEHRAMT: DAS BILDUNGSZIEL MUSS KOMPETENZ SEIN

Für Lehrerausbildung neu ohne Downgrading

Lehramtsstudien zählen an den Kunstuniversitäten nicht nur zu den quantitativ größten Studienrichtungen, ihre Absolventinnen und Absolventen sind auch Garanten dafür, dass die schulische Auseinandersetzung mit bildender Kunst, Musik und Design auf höchstem Niveau stattfinden kann. Der Schlüssel dafür ist die künstlerische Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer in den künstlerischen Unterrichtsfächern. Die Entwicklung künstlerischer Kompetenz ist allerdings den Studierenden an den Kunstunis, die an AHS und BHS unterrichten, vorbehalten.

geschichtswissenschaftliche Kompetenz, um Physik oder Geschichte unterrichten zu können? Weil erfreulicherweise die meisten Politikerinnen und Politiker diese Frage mittlerweile mit „Nein“ beantworten, gibt es einen politischen Konsens zur gemeinsamen Lehrerinnen- und Lehrerbildung für den gesamten Sekundarschulbereich.

Wenn man ein qualitatives Downgrading der jetzt von den Kunstuniversitäten insbesondere für die AHS durchgeführten Lehrerinnen- und Lehrerbildung ausschließen will, dann kann das nur dazu führen, dass jene, die künftig in Hauptschulen und Neuen Mittelschulen künstlerische Fächer unterrichten, nach den gleichen Standards ausgebildet werden, wie schon bisher die AHS-Lehrerinnen und -Lehrer: Das Entwickeln künstlerischer Kompetenz muss das zentrale Bildungsziel der für die gesamte Sekundarstufe gemeinsamen künstlerischen Lehramtsstudien sein. Das heißt: Die künstlerischen Personalressourcen in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung müssen aufgestockt werden, was mehr Geld kosten wird.

Die grundsätzliche Kooperationsbereitschaft der Kunstuniversitäten in der neuen Lehrerinnen- und Lehrerbildung steht auch außer Frage. In diesem Zusammenhang wäre es wesentlich hilfreicher, wenn die Pädagogischen Hochschulen endlich nachvollziehbar erklärten, welche Kompetenzen sie in die künftigen künstlerischen Lehramtsstudien für den gesamten Sekundarschulbereich einbringen können, anstatt bloß über fiktive „Augenhöhen“ zu sprechen.

28 Ihren Kolleginnen und Kollegen an den Pädagogischen Hochschulen (PH), die dort auf einen Beruf als Lehrkräfte an Volksschulen und Hauptschulen bzw. Neuen Mittelschulen vorbereitet werden, bleibt die Möglichkeit zur Entwicklung ihrer künstlerischen Potenziale und damit zur schulischen Vermittlung der sowohl gesellschaftlichen als auch persönlichkeitsbildenden Kraft künstlerischer Prozesse verwehrt: Denn an den PH gibt es kaum Personal mit ausgewiesener künstlerischer Kompetenz – mit allen Konsequenzen für die Lehrerinnen- und Lehrerbildung und für die künstlerisch-kulturelle Bildung an den Volks-, Haupt- und Neuen Mittelschulen.

Wer die Notwendigkeit künstlerischer Kompetenz als Bildungsziel von Kunstpädagoginnen und -pädagogen in Zweifel zieht, der oder die sollte sich vielleicht offenkundig deklarieren, ob diese Ansicht auch in den wissenschaftsbasierten Unterrichtsfächern gilt: Braucht man vielleicht gar keine naturwissenschaftliche oder

VIERTE MEDIZINISCHE UNI: EIN UNTAUGLICHER VERSUCH

Neue Studienplätze beheben Ärztemangel nicht



Unter gewaltigem politischem Druck aus Oberösterreich und der lokalen Medien soll es in Linz eine vierte – mit öffentlichen Mitteln finanzierte – Medizinische Universität geben. Die Begründung: Es gäbe für Ausbildungsstellen in oberösterreichischen Spitälern immer weniger Bewerbungen, sodass man annehmen müsse, die Zahl der Absolvent/inn/en aus den drei Medizinischen Universitäten sei zu niedrig.

Übergangen wird dabei die Tatsache, dass die Zahl der Medizin-Absolvent/inn/en sich seit über zehn Jahren auf gleich hohem Niveau bewegt, sodass ein sich abzeichnender Ärztemangel andere Gründe haben muss: So ist die Zahl an Bewerbungen für eine Ausbildungsstelle an Wiener Spitälern so groß, dass es Wartezeiten bis zu zwei Jahren gibt. Im urbanen Bereich zeigt sich eine ähnliche Ärztekonzentration im niedergelassenen Bereich, während es immer schwieriger wird, ländliche Regionen für Ärztinnen und Ärzte attraktiv zu halten. Daran würden auch mehr Studienplätze an einer Fakultät in Linz nichts ändern.

Zudem zieht es immer mehr Absolvent/inn/en eines Medizinstudiums für den folgenden Turnus ins europäische Ausland, wo die Bedingungen viel attraktiver sind als in Österreich: bessere, vor allem kürzere Ausbildung und bessere Bezahlung. Hierzulande gelten Fach- und Allgemeinärztinnen und -ärzte in Ausbildung als Billigarbeitskräfte, die auch mit nicht ärztlichen Tätigkeiten belastet werden. Hinzu kommt eine extrem lange Ausbildungs-

dauer. Auch an diesem Trend zur Abwanderung werden mehr Studienplätze in Linz nichts ändern.

Die vor einem Jahr veröffentlichte Studie der „Gesundheit Österreich“ zum Ärztebedarf bis 2030 zeigt klar auf, worauf es ankommt, um dem Bedarf an Ärzt/inn/en für die kommenden 20 Jahre gerecht zu werden. Und es bleibt fraglich, ob es ein Mehrbedarf sein wird, denn Österreich hat schon jetzt die zweithöchste Dichte an Ärzt/inn/en in Europa nach Griechenland.

Die wichtigsten Empfehlungen aus der Studie zeigen, welche Maßnahmen gesetzt werden müssen, um Abwanderung, Berufsniederlegung und vorzeitige Pensionierung im Arztberuf zu vermeiden: arbeitsgerechte Verwendung und Bezahlung der Auszubildenden, Verkürzung der Ausbildungsdauer; Vernetzung der verschiedenen Berufsgruppen in den Spitälern im Sinne einer integrierten Versorgung, mehr Tages- und Wochenkliniken, Berücksichtigung des zunehmenden ärztlichen Frauenanteils im Sinne flexibler Arbeitszeitmodelle, Gruppenpraxen und durchgehende Kinderbetreuung sowie eine Erleichterung der Niederlassung und der Bildung von Gruppenpraxen im ländlichen Raum. Ein vierter medizinischer Universitätsstandort ist bloß „more of the same“ und wird zum Erreichen dieses Ziels nichts beitragen.



PERSÖNLICHKEITEN, NICHT NUR ABSOLVENTEN

Plädoyer für den umfassenden
Bildungsansatz der Universitäten

Hannes Jagerhofer richtet einmal im Jahr in Klagenfurt ein großes Beachvolleyball-Turnier aus, das Tausende junge Menschen begeistert. Dafür ist der gebürtige Kärntner in ganz Österreich und darüber hinaus bekannt. Er genießt den Status eines Event-Gurus. Weit weniger bekannt ist Jagerhofer für eine andere Erfindung: die YPD-Challenge.

Es handelt sich dabei um Österreichs und Deutschlands größte Börse für Ferialpraktika. YPD steht für young, powerful and dynamic. Es ist ein Wettbewerb. 5.000 junge Menschen, allesamt Studentinnen oder Maturanten, rittern in zahlreichen Wettbewerben um die 100 attraktivsten Ferienjobs in Österreich und Deutschland. Die jungen Menschen kommen nicht durch Beziehungen zu ihren Praktika, sondern durch Können, durch Engagement, durch Ehrgeiz, durch Erfahrung, durch Leistung. Man kann nicht nur mit Fachwissen punkten, sondern vor allem mit Allgemeinbildung, mit sozialer Intelligenz, mit einem guten Auftritt. Die Salzburger Nachrichten machen seit fünf Jahren bei der YPD-Challenge mit. Jedes Jahr kommen zwei Praktikanten aus diesem Wettbewerb zu uns. Unsere Erfahrung: Es sind die Besten.

Warum ich das erzähle? Weil Jagerhofer etwas macht, wovon die fachspezifisch eingeeengten Kaderschmieden Österreichs noch lernen können. Auf ihrer Agenda steht in erster Linie Ausbildung und nicht Bildung. Doch Leute wie Jagerhofer und mit ihm immer größere Teile der Wirtschaft sind zunehmend auf der Suche nach einem Typ

Mensch, der schon etwas in Vergessenheit geraten ist: Sie suchen Persönlichkeiten und nicht Absolventen.

Da fällt mir noch eine Geschichte aus meiner Zeit als Korrespondent in Brüssel ein. Nach einem Interview mit dem EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso habe ich ihn Folgendes gefragt: „Die Europäische Union sagt zur Jugend: Wir brauchen Techniker. Studiert Biologie, Mathematik, Physik, Maschinenbau. Doch mein Sohn Johannes möchte Philosophie studieren. Was tun?“

Barroso erzählte mir eine Geschichte aus seiner Zeit als Lehrender für Politik, Philosophie und Sozialwissenschaften an der Universität Genf. Die Personalchefs der größten Schweizer Weltkonzerne seien zu ihm gekommen mit der Frage nach High Potentials unter den Studenten. Barroso sagte zu ihnen, sie hätten sich wohl an der Fakultät geirrt, sie müssten bei den Technikern und Wirtschaftswissenschaftlern nachfragen. Da antworteten sie ihm: „Dort holen wir die Fachkräfte, aber von Ihnen wollen wir die Führungspersönlichkeiten der Zukunft.“

Diese beiden kleinen Episoden sollen den Universitäten Mut machen. Sie sind mit ihrem umfassenden Bildungsansatz heute gefragter denn je.

FERNSEH-PREMIERE: REKTORATSMITGLIEDER IM GESPRÄCH

ORF-Sendung mit uniko in alpha-Österreich



Fernsehauftritte von Rektorinnen und Rektoren verströmen im Gegensatz zur täglichen Selbstdarstellung von Politikerinnen und Politikern – und gemessen an ihrer Präsenz in den Printmedien – bisweilen die Aura des Exotischen. Findet nicht gerade eine Audimax-Besetzung statt, so sind in der Regel die „O-Töne“ von Magnifizenzen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen – übers Jahr gesehen – eher dünn gesät. Wenn es ein Rektoratsmitglied mit einem „Sager“ in die „Zeit im Bild“ schafft, dann vernimmt das Millionenpublikum vor den Bildschirmen meist einen Satz in der Länge von zirka fünfeinhalb Sekunden, herausgeschnitten aus einem Zehn-Minuten-Interview.

Umso erfreulicher ist es, dass es 2012 mithilfe eines engagierten Teams in der ORF-Zentrale am Küniglberg gelungen ist, die uniko-Mitglieder gleichsam als Serien-Protagonisten vor die Kamera zu holen und damit in die mediale Auslage zu stellen. Unter dem Titel „Österreichs Universitäten – Rektorinnen und Rektoren im Gespräch“ liefen von März bis November fünf Folgen zu jeweils 45 Minuten in alpha-Österreich – einem Spartenkanal, den der ORF in Kooperation mit dem bayerischen Bildungskanal BR-alpha betreibt (die sechste im Dezember aufgezeichnete Folge ging im Jänner 2013 auf Sendung).

Aufgenommen mittels moderner, internetbasierter Fernsehproduktionstechnik und moderiert vom ORF-Hörfunkjournalisten Martin Haidinger, ergriffen 2012 der uniko-Präsident sowie sechs weitere Rektoren bzw.

Rektorinnen, drei ihrer Stellvertreter/innen sowie die uniko-Generalsekretärin die seltene Gelegenheit, ausführlich – also minutenlang – vor TV-Kameras zu aktuellen hochschulpolitischen Themen Stellung zu beziehen.

Auch wenn ein Großteil der 80.000 bis 100.000 Zuschauer/innen pro Folge hauptsächlich in Deutschland vor den Geräten sitzt, so ist die Resonanz in Österreich nicht zu unterschätzen. Immerhin könnte die 2013 fortgesetzte Serie eines Tages die Tür für das Bespielen anderer Kanäle nicht nur im ORF, sondern auch im europäischen Kabelnetz öffnen. Ermöglicht hat diese neue Plattform in erster Linie die Initiative des Sendungsverantwortlichen Julius Kratky, Mitarbeiter in der ORF-Generaldirektion, und der Redakteurin Katja Sindemann, die beide in mühsamer Kleinarbeit dieses TV-Format aus der Taufe gehoben haben und es seither mit großem persönlichem Einsatz betreuen.

Dem Zeitung lesenden Publikum boten sich ebenfalls genügend Anlässe, Positionen der uniko, allen voran des Präsidenten Heinrich Schmidinger, zu „konsumieren“, Aufmacher in den Qualitätszeitungen und mehrseitige Bildberichte plus Interviews in bunten Magazinen wie NEWS inbegriffen. Es gilt, die phasenweise hohe Dichte an öffentlichen Stellungnahmen des „Rektorenschefs“ auch im Wahljahr 2013 zu sichern, was angesichts wachsender Aufmerksamkeit für Hochschulpolitik vor und nach dem Urnengang im September keine unmögliche Mission sein sollte.

ORGANE DER UNIVERSITÄTENKONFERENZ

PRÄSIDENT

Heinrich Schmidinger
Universität Salzburg

PRÄSIDIUM

Gerald Bast
Vizepräsident,
Universität für angewandte Kunst Wien

Christoph Badelt
Wirtschaftsuniversität Wien

Heinz Engl
Universität Wien

Christa Neuper
Universität Graz

Wolfgang Schütz
Medizinische Universität Wien

Sabine Seidler
Technische Universität Wien

PLENARVERSAMMLUNG

Universität Wien
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing.
Dr. Heinz Engl

Medizinische Universität Wien
Rektor Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Schütz

Universität Graz
Rektorin Univ.-Prof. Dr. Christa Neuper

Medizinische Universität Graz
Rektor Univ.-Prof. Dr. Josef Smolle

Universität Innsbruck
Geschäftsführender Rektor,
ab 1. März Rektor
Univ.-Prof. Dr. Tilmann Märk

Medizinische Universität Innsbruck
Rektor Univ.-Prof. Dr. Herbert Lochs

Universität Salzburg
Rektor Univ.-Prof. Dr. Heinrich Schmidinger

Technische Universität Wien
Rektorin Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Sabine Seidler

Technische Universität Graz
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Harald Kainz

Montanuniversität Leoben
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Wilfried Eichlseder

Universität für Bodenkultur Wien
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Martin H. Gerzabek

Veterinärmedizinische Universität Wien
Rektorin Dr. Sonja Hammerschmid

Wirtschaftsuniversität Wien
Rektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Christoph Badelt

Universität Linz
Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Richard Hagelauer

Universität Klagenfurt
Rektor Univ.-Prof. Dr. Heinrich C. Mayr
ab 28. April:
Geschäftsführende Rektorin
Univ.-Prof. Dr. Friederike Wall
ab 29. Oktober:
Rektor Univ.-Prof. Dr. Oliver Vitouch

Akademie der bildenden Künste Wien
Rektorin Mag. Eva Blimlinger

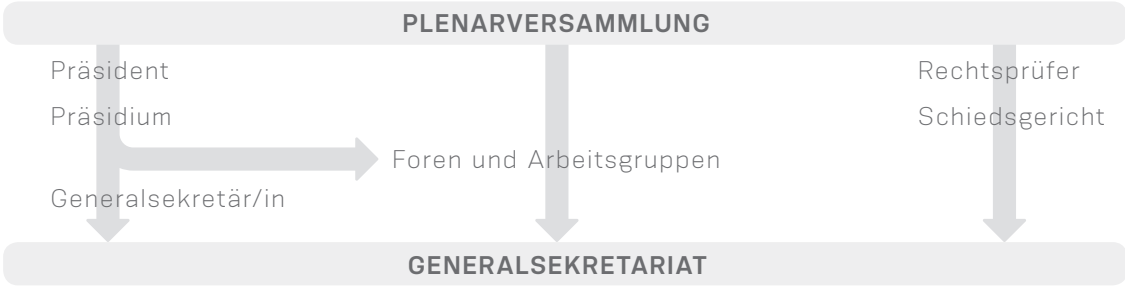
Universität für angewandte Kunst Wien
Rektor Dr. Gerald Bast

Universität für Musik und darstellende Kunst Wien
Rektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Werner Hasitschka

Universität Mozarteum Salzburg
Rektor Univ.-Prof. Reinhart von Gutzeit

Universität für Musik und darstellende Kunst Graz
Geschäftsführender Vizerektor
Univ.-Prof. Mag. Dipl.-Ing. Dr. Robert Höldrich
ab 1. März: Rektor Univ.-Prof. MMag. Dr. Georg Schulz
ab 12. Dezember:
geschäftsführender Vizerektor
Univ.-Prof. Mag. Dipl.-Ing. Dr. Robert Höldrich

Universität für künstlerische
und industrielle Gestaltung Linz
Rektor Univ.-Prof. Dr. Reinhard Kannonier



FOREN

Foren sind Plattformen zur Kommunikation und Koordination zwischen den Mitgliedern der Rektorate in fünf Fachbereichen:

BUDGET UND RESSOURCEN

Vorsitz:
Vizerektor Franz Wurm
Medizinische Universität Wien

Arbeitsplattform:
IUF – Infrastruktur und Facility Management

Subarbeitsgruppen:
Berichtswesen (Wissensbilanz)
CAFM (Computer-Assisted Facility Management)

FORSCHUNG UND ERSCHLIESSUNG DER KÜNSTE

Vorsitz:
Vizerektorin Gabriele Kotsis
Universität Linz

Subarbeitsgruppen:
IPR (Intellectual Property Rights)
Universitätenforum Alpbach
IPAG (Intellectual Property Agreement Guide)

LEHRE

Vorsitz:
Vizerektor Martin Polaschek
Universität Graz

Subarbeitsgruppen:
STEOP Neu (Studieneingangs- und Orientierungsphase)
Nationaler Lehrpreis
Pharmazie

Task Force:
Lehramt

INTERNATIONALES

Vorsitz:
Vizerektor Heinz Faßmann
Universität Wien

Subarbeitsgruppen:
Forum Fremdenrecht
AG Wissenslandkarte

PERSONAL

Vorsitz:
Rektor Wolfgang Schütz
Medizinische Universität Wien

Task Force Gender & Diversity

Vorsitz:
Vizerektorin Karin Gutiérrez-Lobos
Medizinische Universität Wien

Subarbeitsgruppe:
Dual Career

AG Medien

Vorsitz:
Rektorin Sonja Hammerschmid
Veterinärmedizinische Universität Wien

DACHVERBAND DER UNIVERSITÄTEN

Die Österreichische Universitätenkonferenz betreut auch den Dachverband der Universitäten. Dieser ist auf Arbeitgeberseite kollektivvertragsfähig.

Vorsitz:
Rektor Wolfgang Schütz
Medizinische Universität Wien

ARBEITSGRUPPEN

Arbeitsgruppen dienen der Behandlung spezifischer Anliegen bestimmter Typen von Universitäten:

KUNSTUNIVERSITÄTEN

Sprecher:
Rektor Gerald Bast
Universität für angewandte Kunst Wien

MEDIZINISCHE UNIVERSITÄTEN

Sprecher:
Rektor Wolfgang Schütz
Medizinische Universität Wien

TERMINE DER
PLENARVERSAMMLUNGEN 2012

9. außerordentliche Plenarversammlung
am 10. Jänner 2012
Generalsekretariat der Universitätenkonferenz
38. ordentliche Plenarversammlung
am 5. März 2012
Technische Universität Wien
39. ordentliche Plenarversammlung
am 16. April 2012
Technische Universität Graz
40. ordentliche Plenarversammlung
am 4. Juni 2012
Medizinische Universität Innsbruck
10. außerordentliche Plenarversammlung
am 8. Oktober 2012
Generalsekretariat der Universitätenkonferenz
41. ordentliche Plenarversammlung
am 15. Oktober 2012
Medizinische Universität Wien
42. ordentliche Plenarversammlung
am 12. November 2012
Universität für Bodenkultur Wien

AKTIVITÄTEN DER uniko
IN ZAHLEN 2012

Plenarversammlungen (inkl. Strategieklausur)	8
Präsidiumssitzungen	10
Sitzungen der Foren und (Sub-)Arbeitsgruppen (inkl. Dachverband der Universitäten)	77
Tagungen, die von der uniko (mit)veranstaltet wurden	11
Beschickte Tagungen im Ausland	13
Beschickte Tagungen im Inland	61
Vertretungen in nationalen Gremien	40
Vorträge von Mitgliedern des Generalsekretariats	6
Besuche ausländischer Gäste	6
Pressekonferenzen/Pressegespräche	7
Presseaussendungen	27
ORF-TV-Sendungen alpha-Österreich (Österreichs Universitäten)	5
Newsletter	9
Offizielle Stellungnahmen	12

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER UNIVERSITÄTENKONFERENZ

Vorstand:
Präsident
Generaldirektor Dr. Walter Rothensteiner
Stellvertreter des Präsidenten
Rektor Univ.-Prof. Dr. Heinrich Schmidinger

Schriftführer
Univ.-Prof. Dr. Manfred Welan
Kassier
Dr. Gerhard Riemer



Heribert WULZ
Mag.
Generalsekretär
bis 15. April



Elisabeth FIORIOLI
Mag.^a
Generalsekretärin
ab 1. Juni



Doris SCHÖBERL
Mag.^a
Stellvertr. Generalsekretärin
Rechtsfragen, Dachverband



David BALDINGER
Mag.
Internationales bis 31. Juli



Andrea BERNHARD
Dr.
Bologna-Prozess, Lehre
Hochschulbildung in Europa



Manfred KADI
Öffentlichkeitsarbeit



Wolfgang NEDOBITY
Mag.
Budget, Forschung



Gerda PRIESSNITZ
Organisation



Nadine SHOVIKAR
MMag.^a
Internationales ab 1. August



Elisabeth WESTPHAL
Mag.^a
Bologna-Prozess, Lehre
Hochschulbildung in Europa
(derzeit karenziert)



Sylwia KRUL
Sekretariat



Julia REISCHL
Mag.^a, Assistentin bis 31. März
Bologna-Prozess, Lehre
Hochschulbildung in Europa

Raiffeisen
Meine Bank



Alles um uns verändert sich. Und das immer schneller. Da ist es wichtig, dass man nicht nur nachhaltig plant, sondern auch so handelt. Damit, was immer schon gut war, auch in Zukunft seinen Platz hat.

Nur eine Bank ist meine Bank.

Erst wenn man immer einen Schritt voraus ist, hat man auch genug Zeit, sich umzudrehen und zu erkennen, dass man auf dem richtigen Weg ist. Seit mehr als 125 Jahren bietet Raiffeisen Lösungen nicht nur für den Moment, sondern immer auch für die Zukunft. www.raiffeisen.at

niko

